

Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost

Inhalt

Teil I: Antiamerikanismus ein problematischer Untersuchungsgegenstand	1
Teil II: Zusammenfassung der Ergebnisse der Länderanalysen	15
Teil III: Bilanz – Nordafrika, Nah- und Mittelost zwischen Antiamerikanismus, Amerikakritik und Amerikanismus	32

Teil I : Antiamerikanismus: ein problematischer Untersuchungsgegenstand

Sigrid Faath

Aus: Sigrid Faath (Hrsg.): Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Formen, Dimensionen und Folgen für Europa und Deutschland, Hamburg 2003, 372 S., hier: S. 9-22; englische Ausgabe: "Anti-Americanism in the Islamic World", London: Hurst & Company, 2006

1. Wahrnehmung des Phänomens Antiamerikanismus in den USA vor und nach dem 11. September 2001

In den USA wurden erstmals 1985 von zwei Politikwissenschaftlern der *University of Pennsylvania*, Alvin Z. Rubinstein und Donald B. Smith, ein Sammelband zum Thema Antiamerikanismus in der Dritten Welt herausgegeben; Fallbeispiele aus Nordafrika, Nah- und Mittelost waren in diesem Band ebenfalls vertreten.¹ Ereignisse wie die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran und die Geiselnahme der amerikanischen Botschaftsangehörigen im November 1979, die erst im Januar 1980 beendet wurde, sowie die vehementen Manifestationen gegen „den

¹ Vgl. Rubinstein, Alvin Z./Smith, Donald B.: Anti-Americanism: anatomy of a phenomenon, in: Rubinstein, Alvin Z./Smith, Donald B. Hrsg.: Anti-Americanism in the Third World. Implications for U.S. foreign policy, New York 1985, S. 1-30.

großen Satan“ USA seit der erfolgreichen Islamischen Revolution in Iran (Februar 1979) dürften zu dieser Studie stimuliert haben. Rubinstein/Smith stellten Anfang der 1980er Jahre in Dritte-Welt-Staaten generell eine „wachsende Antipathie und Bereitschaft, das Schlechteste über Amerika zu denken“² fest; sie bezeichneten diese Haltung als „Anti Amerikanismus“. Ihre Länderuntersuchungen sollten die Gründe für diese Antipathie und die Folgen für die amerikanische Außenpolitik aufdecken helfen. Als Rubinstein/Smith ihr Projekt umsetzten, war der Ost-West-Konflikt noch in vollem Gange und der sowjetische Einfluss in zahlreichen Dritte-Welt-Staaten spürbar. Das Ergebnis der Untersuchungen zeigte jedoch, dass „Soviet and local communist propaganda together can account for but a modest part of the phenomenon. (...) In some cases anti-Americanism is associated with pro-Soviet attitudes but in other cases not; Islamic fundamentalists in Iran need no inspiration from Moscow (...)“³.

Um die Gründe für den ausgeprägten Anti Amerikanismus in Dritte-Welt-Staaten zu verstehen, stellten Rubinstein/Smith die Wahrnehmung der USA und der amerikanischen Politik in den untersuchten Staaten ins Zentrum ihrer Analyse und kamen zu dem Schluss, dass Anti Amerikanismus eine „unvermeidliche Konsequenz“ der Enttäuschungen dieser Staaten über die US-Politik und ihre Wirtschaftsaktivitäten waren.

Seit dem Zweiten Weltkrieg und der wachsenden weltpolitischen Rolle und Präsenz der USA nahmen sowohl die anti amerikanische Rhetorik als auch die Gewaltakte gegen Einrichtungen, Symbole oder Repräsentanten der USA zu. 1986 prophezeite der britische Politikwissenschaftler Stephen Haseler⁴ mittelfristig eine „weitere“ Intensivierung des Anti Amerikanismus. Das wachsende Selbstvertrauen der USA nach Überwindung des „Vietnamsyndroms“ hätten, so Haseler, die Entschlossenheit des Landes gefördert, neuerlich eine weltpolitische Rolle zu übernehmen. Die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zerfall der Sowjetunion nunmehr uneingeschränkte weltpolitische Dominanz der USA gab – wie es Haseler vorhersah – in den 1990er Jahren Anlass für massive Kritik an den USA, setzte weltweit anti amerikanische Emotionen frei und löste Gewaltakte gegen amerikanische Ziele aus. Wenngleich in den 1980er und 1990er Jahren Anti Amerikanismus weltweit zu verzeichnen war, äußerte er sich besonders virulent – sowohl was die Rhetorik als auch die Handlungen anbelangte – in Nordafrika, Nah- und Mittelost.

² Rubinstein, Alvin Z./Smith, Donald B.: Anti-Americanism in the Third World, in: Orbis, Philadelphia, 1984, S. 539-614.

³ Ebenda, S. 594.

⁴ Haseler, Stephen: Anti-Americanism: steps on a dangerous path, London 1986.

Richard B. Parker, ehemaliger amerikanischer Botschafter in Algerien, Marokko und im Libanon, meinte in einer Veröffentlichung von 1988, es sei „ein Wunder“, dass die Beziehungen zwischen den USA und den arabischen Staaten nicht noch schlechter seien, denn die USA hätten genug getan, um sich ein Großteil der ihnen entgegengebrachten Feindschaft zu verdienen. Parker sah wegen der amerikanischen Politik in Nordafrika/Nahost weitere Gewalttaten gegen US-Bürger voraus. Er schrieb diese Gewaltakte jedoch *keinem* unüberwindlichen Antiamerikanismus zu. Für Parker war die Gewalt gegen Amerikaner und amerikanische Symbole eine Reaktion auf die amerikanische Politik in der Region. Weil die amerikanische Nah-/Mittelostpolitik keinen strategischen Überlegungen folge, sondern die amerikanischen innenpolitischen Interessen und Kräfteverhältnisse widerspiegele und dem Druck des militärisch-industriellen Komplexes gehorche, wären auch in Zukunft weitere Fehlentscheidungen zu erwarten.⁵ Diese Ratschläge „von Amerikanern für Amerikaner“ schlugen sich politisch nicht nieder. Die Diskussionen über Antiamerikanismus in Dritte-Welt-Staaten und ihre Ursachen verstummten nach diesen Veröffentlichungen zur Thematik in den 1980er Jahren auf akademischer Ebene sogar weitgehend. Erst die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf symbolträchtige Ziele in den USA lösten in den USA erneut Überlegungen zu dem „Warum“ aus und weckten Interesse, näheres über die Wahrnehmung der USA im Ausland zu erfahren.

Eine erste diesbezügliche Umfrage wurde Ende 2001/Anfang 2002 vom Gallup-Institut weltweit durchgeführt. Erfragt wurde pauschal die Haltung zu „den USA“. Unterschieden wurde in eine geneigte/positive („favorable“) und eine nicht geneigte/ablehnende oder negative („unfavorable“) Haltung. Diese Umfrage hatte nicht direkt „Antiamerikanismus“ zum Untersuchungsgegenstand, aber die amerikanische Presse interpretierte das Ergebnis, das in vielen Staaten „unfavorable“ ausfiel, als Zeichen für „ansteigenden Antiamerikanismus“.⁶ Die Umfrage umfasste auch sieben ausgewählte Staaten aus Nordafrika, Nah- und Mittelost, in denen das Sample eine überwiegend negative Haltung gegenüber den USA zum Ausdruck brachte (vgl. Tabelle):

⁵ Vgl. Parker, Richard B.: Anti-Americanism in the Arab World, in: Thornton, Thomas Perry Hrsg.: Anti-Americanism: origins and context, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Newbury Park u.a. 1988, Band 497, S. 52 und S. 56-57. Vgl. auch Peter W. Rodman, der amerikanischen Politikern den Rat gab, sich einmal „mit den Augen der anderen“ zu betrachten (The world's resentment, in: The National Interest, Washington D.C., Band 601, Sommer 2001).

⁶ Vgl. International Herald Tribune, New York, 5.12.2002 (A rising anti-Americanism).

Gallup-Institut: Umfrage Dezember 2001/Januar 2002⁷ über die Meinung zu den USA (in%)

Land	„Unfavorable“	„Favorable“
Marokko	41	22
Saudi-Arabien	64	16
Kuwait	42	28
Jordanien	62	22
Libanon	40	42
Iran	63	14
Pakistan	68	4

Im September 2002 legte das Meinungsforschungsinstitut *Zogby International* die Ergebnisse einer im Auftrag des *Arab Thought Forum* (Beirut) in den Monaten März/April 2002 durchgeführten Umfrage in acht nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten vor.⁸

In der Rubrik „How Arabs view the world“ wurde u.a. auch die Einstellung gegenüber den USA abgefragt, wobei wiederum die Adjektive „favorable“ bzw. „unfavorable“ benutzt wurden. Unter den Befragten befanden sich auch 400 Repräsentanten der arabischen Bevölkerung aus Israel, weswegen sich Israel mit auf der Liste der Umfragestaaten befindet.

Zogby International: Umfrage März/April 2002 über die Meinung zu den USA (in %)

Land	„Unfavorable“	„Favorable“
Marokko	61	38
Ägypten	76	15
Saudi-Arabien	87	12
Kuwait	48	41
VAE	87	11

⁷ Veröffentlicht wurden die Daten am 5. März 2002; zu Details bezüglich des Samples, der Befragungsmethode und den Ergebnissen vgl. www.gallup.com/poll/releases/pr020305.asp.

⁸ Vgl. Details zum Sample, der Umfragemethode und den weiteren Ergebnissen *Zogby International/The Arab Thought Forum* Hrsg.: *What Arabs think. Values, beliefs, and concerns*, Utica N.Y./Beirut 2002.

Jordanien	61	34
Libanon	70	26
Israel (arabische Bevölkerung)	78	16

Schließlich führte *The Pew Research Center for the People and the Press* nach dem Beginn des Irakkriegs (20. März 2003) im April/Mai 2003 eine weltweite Umfrage durch („Views of a changing world“),⁹ in der u.a. nach der Einstellung zu den USA gefragt wurde (favorable/unfavorable) und die Umfrageergebnisse nach Beginn des Irakkriegs mit den Ergebnissen aus dem Jahre 1999/2000 oder vom Sommer 2002 verglichen wurden. Sechs Staaten aus Nordafrika, Nah- und Mittelost befanden sich unter dem Ländersample. Mit Ausnahme Kuwaits, wo laut Umfrage im März 2003 63 % der Befragten eine günstige Meinung von den USA hatten, waren die Ergebnisse in den anderen nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten mit Abstand schlechter geworden.

Zwei weitere Staaten mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil wurden in das Sample aufgenommen: Nigeria und Indonesien. Nigeria, das als einziger Staat Afrikas südlich der Sahara mit berücksichtigt wurde, zeigte einen Rückgang der positiven Einstellung zu den USA gegenüber 2002; dennoch war der Prozentsatz der positiv Eingestellten im Vergleich zu 1999/2000 mit 61 % immer noch hoch. In Indonesien allerdings war der Prozentsatz der positiv Eingestellten von 75 (1999/2000) auf 15 % (2003) drastisch zurückgegangen.

In der Umfrage wird explizit darauf hingewiesen, dass die festgestellte Tendenz zu negativen Einstellungen gegenüber den USA nicht auf Staaten mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil beschränkt ist; so wurde z.B. auch in Spanien und Brasilien 2003 ein deutliches Abfallen der positiven Einstellungen verzeichnet.

The Pew Research Center for the People and the Press: Umfrage April/Mai 2003¹⁰ (nach dem Beginn des Irakkriegs) über die Meinung zu den USA (in %)

Land	„Favorable“ 1999/2000	„Favorable“ 2002	„Favorable“ 2003
Marokko	77	-	27
Kuwait			63

⁹ Vgl. zu Details über Sample, Methode und den weiteren Ergebnissen: The Pew Research Center for the People and the Press: The Pew Global Attitudes Project: views of a changing world, Washington D.C., Juni 2003, 125 S. (www.people-press.org).

¹⁰ Ebenda, S. 19.

Jordanien	-	25	1
Palästinens. Autonomiegeb.	14	-	1
Libanon	-	35	27
Pakistan	23	-	13
Nigeria	46	77	61
Indonesien	75	61	15

Im Oktober 2002 hatte Bruce Hoffman, Direktor des Washingtoner Büros der *Rand Corporation*, bereits prognostiziert, dass die „Feindschaft“ gegenüber den USA weltweit mit großer Wahrscheinlichkeit nicht abnehmen werde: „America is invariably targeted as a hegemonic, status quo power and more so as the world’s lone superpower.“¹¹

Die Ergebnisse der Pew-Umfrage bestätigten dies einerseits. Andererseits wurde in der Umfrage auch die Frage gestellt, wen die Befragten mit einer negativen (unfavorable) Meinung zu den USA als hauptsächlich Verantwortlichen für diese negative Sicht einstufen: „Präsident Bush“ oder „die USA allgemein“. Die überwiegende Mehrheit der Befragten bezeichnete die Bush-Administration als das eigentliche „Problem“. In vier Staaten, nämlich Kuwait, den Palästinensischen Autonomiegebieten, dem Libanon und Pakistan lag allerdings der Prozentsatz, der auch die USA allgemein für diese negative Wahrnehmung verantwortlich machten, bei über 30 %:

The Pew Research Center for the People and the Press: Umfrage April/Mai 2003 (nach dem Beginn des Irakkriegs) zur Frage der „Verantwortlichkeit“ für die negative Meinung über die USA

Land	„Präsident Bush“	„USA allgemein“	„beide“
Marokko	66	14	18
Kuwait	44	42	8
Jordanien	42	28	30
Palästinens. Autonomiegeb.	31	32	36
Libanon	51	32	16
Pakistan	62	31	2
Nigeria	69	20	7
Indonesien	60	22	18

¹¹ Hoffman, Bruce: Lessons of 9/11, Santa Monica, 2002 (www.rand.org), hier S. 25-26.

Wenn – wie dieses Umfrageergebnis nahe legt – ein Großteil der negativen Einstellung zu den USA mit der Politik der Bush-Administration in Verbindung gebracht wird, dann wäre nicht, wie Bruce Hoffman meinte, die Tatsache, die einzige Superpower zu sein, für Antiamerikanismus verantwortlich, sondern auch die umgesetzten politischen Maßnahmen und das politische Auftreten der jeweiligen Administration.

Die länderspezifischen Untersuchungen der vorliegenden Studie versuchen, auf die Frage der Beeinflussbarkeit oder Unvermeidlichkeit von Antiamerikanismus (und antiwestlichen Positionen) eine Antwort zu geben.

2. Zur Relevanz des Themas

Antiamerikanismus ist ein nach dem 11. September 2001 sehr häufig gebrauchter Begriff, um negative Einstellungen oder Verhaltensweisen gegenüber den USA zu umschreiben, die ein breites Spektrum von Kritik an politischen Maßnahmen bis hin zu terroristischen Attacken umfassen. In den USA selbst werden diese Einstellungen und Verhaltensweisen in den Medien und von Politikern vielfach pauschal als „(amerika)feindlich“ definiert. Diese Wahrnehmung beeinflusst die US-amerikanische Außenpolitik und den Umgang mit Staaten und Gruppen, die als antiamerikanisch/„feindlich“ eingestuft werden.

Der Begriff Antiamerikanismus wird von Politikern und Medien in den USA auch eingesetzt, um Ängste vor Gewaltakten zu schüren und politische Maßnahmen zu rechtfertigen. Die außenpolitischen Maßnahmen der US-Administration seit dem 11. September 2001, die eine Reaktion auf „antiamerikanisches“, „amerikafeindliches“ Verhalten von Gruppen und Staaten in Nordafrika, Nah- und Mittelost sind, führten – die Umfragen spiegeln dies wider – zu einer nochmals deutlicheren Verschlechterung der Einstellung zu den USA in Nordafrika, Nah- und Mittelost.

Die generell enge Kooperation westeuropäischer Staaten mit den USA (auch innerhalb der NATO), die Teilnahme der EU-Staaten an der nach dem 11. September 2001 begründeten Antiterrorcoalition und die Befürwortung des Irakkriegs auch ohne UNO-Mandat durch einige europäische Staaten wirft die Frage auf, ob „Antiamerikanismus“ in seinen in Nordafrika, Nah- und Mittelost auftretenden Varianten gleichbedeutend ist mit einer „antiwestlichen“ Einstellung. Wäre dies nämlich der Fall, dann wäre Antiamerikanismus ein Problem für alle „westlichen“ Staaten; in erster Linie wäre Antiamerikanismus unter diesen Umständen ein Problem für europäische Staaten, die in enger Kooperation mit nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten stehen und ihnen zudem geographisch nahe liegen. Aus

diesem Sachverhalt erklärt sich die Bedeutung, die einer systematischen Untersuchung des Phänomens Antiamerikanismus und der Korrelation von Antiamerikanismus und generell „antiwestlicher“ Einstellung in Nordafrika, Nah- und Mittelost nach dem 11. September 2001 zukommt.

Die vorliegende Studie untersucht in länderspezifischen Beiträgen das Phänomen Antiamerikanismus in nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten hinsichtlich der Ursachen (Entstehungsgeschichte), der Träger, der Ausdrucksformen, den Entwicklungspotentialen der Träger von Antiamerikanismus, ihrer Politikrelevanz, d.h. ihr Einfluss auf (außen)politisches Verhalten, und das Verhältnis von antiamerikanischer und antiwestlicher Einstellung bei den einzelnen Trägergruppen.

Die Länderfallbeispiele sind weitgehend ähnlich aufgebaut. Zusätzlich zu den Fallbeispielen aus

- *Nordafrika*: Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen), Ägypten und Sudan;
- *Nahost*: Saudi-Arabien, kleine Golfstaaten, Jemen, Irak, Palästinensische Autonomiegebiete, Jordanien, Libanon, Syrien;
- *Mittelost*: Iran, Pakistan

wurden zwei Beiträge zu Regionen aufgenommen, in denen sich Antiamerikanismus massiv manifestiert und die Träger von Antiamerikanismus Verbindungen zu militanten islamistischen Gruppen in Nordafrika, Nah- oder Mittelost haben: Es handelt sich um einige afrikanische Staaten südlich der Sahara und die südostasiatischen Staaten Malaysia und Indonesien.

Die Ergebnisse der Länderbeiträge werden in Kapitel 3 zusammengeführt. Nach kurzen Zusammenfassungen der wichtigsten Länderergebnisse folgt eine Querschnittsanalyse, die Ursachen, Ausdrucksformen, Träger, Entwicklungspotenziale von Antiamerikanismus und antiwestlichen Einstellungen vergleicht sowie Entwicklungstendenzen und die Folgen für kooperative Beziehungen vor allem auch der europäischen Staaten mit den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens aufzeigt.

Die Manuskripte der Länderbeispiele berücksichtigen zwar die Phase unmittelbar vor Beginn des Irakkriegs, sie wurden aber kurz vor Beginn des Kriegs abgeschlossen. Aus diesem Grund werden in Kapitel 3 die ersten Auswirkungen des Irakkriegs 20. März 2003 bis Mitte Juli 2003 (Endredaktion) auf den Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost in einem gesonderten Abschnitt angefügt.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse wird in Kapitel 3 abschließend die Frage erörtert,

- ob und unter welchen Umständen „Antiamerikanismus“ und „antiwestliche“ Einstellungen in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens dazu tendieren, stärker als bisher für Staatsführungen und nichtstaatliche Gruppen politisch handlungsleitend zu werden und
- wie einer solchen Entwicklung von außen gegengesteuert werden kann.

3. Zum Definitionsproblem

Eine wissenschaftliche Definition von Antiamerikanismus gibt es nicht. „Antiamerikanismus“ ist kein Erklärungskonzept, sondern ein Begriff, der vielfach als Schlagwort benutzt wird, um Emotionen freizusetzen. Unter Antiamerikanismus werden zu viele unterschiedliche Handlungen, Einstellungen und Zielsetzungen subsummiert, als dass der Begriff sich zur wissenschaftlichen Beschreibung eines *spezifischen* Sachverhalts eignen würde. Der Begriff verleitet zudem zum dichotomischen Denken: *Anti*-Amerikanismus versus *Pro*-Amerikanismus bzw. Ablehnung, Zurückweisung versus Annahme „Amerikas“ oder sogar Faszination durch „Amerika“.

Antiamerikanismus ist für einige Autoren wie Herbert J. Spiro¹² eine „grobe Kritik an den Hauptwerten der US-amerikanischen Verfassung“; als Pendant gilt „Amerikanismus“,¹³ der in der Regel als Annahme amerikanischer Werte bzw. als Streben nach den Werten der amerikanischen Verfassung (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie) bezeichnet wird. Andere Autoren bezeichnen Anti-amerikanismus als „nicht rationale Haltung“,¹⁴ als etwas „Irrationales“, als von Leidenschaft und Instinkt geprägte Einstellung. Die Verwirrung um diesen Begriff vergrößert sich auch deswegen, weil vielfach Kritik an amerikanischer Politik oder die Ablehnung einzelner politischer Maßnahmen ebenfalls als Ausdruck eines solchermaßen als „irrational“ verstandenen Antiamerikanismus interpretiert werden. Diesen undifferenzierten Umgang mit dem Begriff Antiamerikanismus stellte auch Marie-France Toinet in ihrer Untersuchung zum Antiamerikanismus in Frankreich

¹² Vgl. hierzu Spiro, Herbert J.: Anti-Americanism in Western Europe, in: Thornton 1988, a.a.O., S. 120-132.

¹³ „Pro-Amerikanismus“ wurde von Gesine Schwan in Bezug auf Deutschland als „Bejahung der amerikanischen Freiheit“ definiert. Vgl. Schwan, Gesine: Antikommunismus und Antiamerikanismus. Deutsches politisches Bewusstsein nach 1945, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Nr. 1, 1999, S. 77-88.

¹⁴ Vgl. z.B. Kaspi, André: By way of conclusion, in: Lacorne, Denis u.a. Hrsg.: The rise and fall of anti-Americanism. A century of French perception, Basingstoke 1990, S. 237.

1990 fest.¹⁵ Weil der Begriff jedoch in der Umgangssprache derart allumfassend benutzt wird, ist es notwendig, die inhaltlichen Sachverhalte durch präzise Analysen anhand von Fallbeispielen zu klären.

Seit dem 11. September 2001 hat sich die Benutzung des Begriffs inflationär ausgeweitet und umfasst ein breites Spektrum von Einstellungen und Aktionen. Antiamerikanismus wird oftmals mit „Feindschaft“ gegenüber den USA oder den Werten der westlichen Zivilisation gleichgesetzt und der Begriff vor allem von amerikanischen Politikern oder den Medien auch immer dann verwendet, wenn ein Sachverhalt beschrieben wird, bei dem das, was die US-Politik will, keine Zustimmung bei anderen Staaten oder deren Bevölkerungen findet. Problematisch ist die Begriffsverwendung in einem solch pauschalen Sinn als „Feindschaft“, weil damit der Blick auf Ansätze zur Modifikation von Ablehnung oder sogar Gegnerschaft verstellt wird. Eine negative oder ablehnende Haltung gegenüber einem Staat oder seiner Politik ist allerdings stets mit einer Wertung und mit einem Urteil über diesen Staat *als politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Akteur* verbunden; „Feindschaft“ muss daraus nicht resultieren.¹⁶

Weil der Begriff „Antiamerikanismus“ in dieser Studie, die die Ausprägung und Reichweite negativer oder ablehnender Einstellungen und Aktionen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Nordafrika, Nah- und Mittelost gegenüber den USA untersuchen will, nicht zu umgehen war, einigten sich die Bearbeiter der Einzelstudien zumindest darauf, zunächst von einer breit gefassten Arbeitsdefinition von Antiamerikanismus auszugehen. Antiamerikanismus wurde definiert als

„ein Bündel von Gefühlen, Ansichten, Meinungen, Verhaltensweisen und Handlungen unterschiedlicher Ausprägung und Erscheinungsformen, die in variabler Intensität eine – Wandel unterworfenen und veränderbaren – negative oder ablehnende Haltung zu politischen, wirtschaftlichen und kul-

¹⁵ Vgl. Toinet, Marie-France: Does anti-Americanism exist?, in: Lacorne 1990, a.a.O., S. 219 und S. 220.

¹⁶ Bezogen auf die USA bedeutet das, dass das Amerikabild einer Nation und einer Bevölkerung genauso wenig neutral ist wie umgekehrt das Bild, das sich die US-amerikanische Seite von dieser Nation macht. Negative Sichtweisen des jeweils Anderen verstärken sich insbesondere dann gegenseitig, wenn sie Bestandteil der öffentlichen Debatte sind. Vgl. zum Beispiel USA-Frankreich u.a. Lacorne 1990, a.a.O. oder Guisnel, Jean: Les pires amis du monde. Les relations franco-américaines à la fin du XXe siècle, Paris 1999, bes. S. 151 ff.; zum Fallbeispiel USA-arabische Staaten und arabische Bevölkerungen vgl. u.a. Shaheen, Jack G.: The TV Arab, Bowling Green (Ohio) 1984.; Shaheen, Jack G.: Reel bad Arabs: how Hollywood vilifies a people, New York 2001; El-Warfally, Mahmoud: Imagery and ideology in U.S. policy toward Libya, 1969-1982, Pittsburgh 1988.

turellen Aspekten der USA als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Akteur zum Ausdruck bringen“.

Diese Definition bildete die Basis für die „Datensammlung“ zu den Länderbeispielen. Mit ihr wurde zunächst die gesamte Spannbreite der negativen und ablehnenden Haltungen und Handlungen erfasst. In einem zweiten Schritt sollten diese Einstellungen und Handlungen hinsichtlich ihrer Ursachen, Intensität und Reichweite (rational begründbare Kritik an Einzelmaßnahmen oder ideologisch-religiös begründete Feindschaft/Hass) unterschieden werden. Bei der Ausarbeitung der Fallbeispiele wurde soweit möglich und hilfreich im Einzelfall die von Rubinstein/Smith aufgestellte „Typologie von Antiamerikanismus“ berücksichtigt.¹⁷ Sie wurde allerdings leicht modifiziert (s.u.) und an die Entwicklungen der 1990er Jahre angepasst.

Typen von Antiamerikanismus

Die von Rubinstein/Smith unterschiedenen vier Typen von Antiamerikanismus benennen die übergeordneten Auslöser für Einstellungen, Rhetorik und Aktionen mit anti-amerikanischer Ausrichtung. In allen vier Typen kann es zur Manifestation von Antiamerikanismus in mehreren Bereichen (wie Politik, Wirtschaft, Kultur), unterschiedlichster Intensität (gewaltfrei, gewaltsam) und u.a. auch zur Kritik oder Ablehnung des dominanten Wertekanon des politischen und gesellschaftlichen Systems, das die USA („der Westen“) repräsentieren, kommen.

- **Typ 1 – Der „maßnahmenbedingte“ Antiamerikanismus:** Es handelt sich um mehr oder weniger spontane bzw. eng an Maßnahmen der US-Politik gebundene anti-amerikanische Reaktionen; d.h. Auslöser für anti-amerikanische Reaktionen sind konkrete Maßnahmen der USA, die in dem von amerikanischen Maßnahmen betroffenen Land umstritten sind oder abgelehnt werden.
- **Typ 2 – Der „ideologisch bedingte“ Antiamerikanismus:** Rubinstein/Smith bezeichneten diesen Typus als „rational argumentierenden Antagonismus“, der sich gegen die Regierung und/oder Gesellschaft der USA richtet *und* als Teil eines säkularen oder religiösen Glaubenssystems auftritt. Historische Erfahrungen und Erinnerungen nehmen bei der Argumentation und Einordnung des jeweils aktuellen wie künftigen Verhaltens der USA eine wichtige Rolle ein. Ideologien, die anti-amerikanische Einstellungen argumentativ nutzen, waren in der Vergangenheit vor allem

¹⁷ Vgl. Rubinstein/Smith 1984, a.a.O. oder Rubinstein/Smith 1985, a.a.O.

dem Nationalismus, Antiimperialismus, Sozialismus, Kommunismus oder Marxismus(-Leninismus) verpflichtet. Seit den 1980er Jahren führen im arabisch-islamischen Raum bzw. in stark islamisch geprägten Staaten zunehmend religiös-kulturell traditionalistisch und religiös-kulturell extremistisch argumentierende Staatsführungen, Gruppen und Organisationen den ideologisch untermauerten Anti Amerikanismus an. In Staaten mit einer islamischen Minderheit sind es gegenwärtig wiederum in erster Linie die islamistischen Gruppen und Organisationen, die ideologisch bedingt anti amerikanische Positionen vertreten.

- **Typ 3 – Der „revolutionäre“ Anti Amerikanismus:** Bei Rubinstein/Smith wurde damit der Anti Amerikanismus von Oppositionsgruppen bezeichnet, die eine ihnen zu amerikafreundliche, amerikaabhängige Staatsführung stürzen und nach erfolgreichem Sturz eine (politische/soziale) „Revolution“ und eine außenpolitische Neuorientierung umsetzen wollen. Die Außenpolitik ist in diesen Fällen (wie z.B. Ägypten nach 1952; Libyen seit 1969; Iran seit 1979) in einer ersten Phase nach dem Umsturz dominiert von anti amerikanischen Positionen und Handlungen. In politischen Systemen, die sich selbst als „revolutionär“ verstehen und aus einer Revolution hervorgegangen sind, fließt Anti Amerikanismus in die staatstragende Ideologie ein. Diese Ideologien waren in der Vergangenheit überwiegend nationalistisch und in der Regel anti imperialistisch geprägt. Es erscheint durchaus sinnvoll – im Gegensatz zur engen Definition des „revolutionären Anti Amerikanismus“ von Rubinstein/Smith –, zu diesem Typus all jene Staaten hinzuzurechnen, die sich nach erfolgreich abgeschlossenem Dekolonisationsprozess „revolutionär“ definierten und sowohl begünstigt durch ihren ausgeprägten Nationalismus als auch ihre Verankerung im Sozialismus oder Kommunismus anti amerikanische Positionen einnahmen. Der Anti Amerikanismus dieser Staaten ist zwar auch unter Typ 2 erfasst, der „revolutionäre“ Anspruch – selbst wenn nach einigen Jahren ideologische Positionsveränderungen stattfanden¹⁸ – sorgt in diesen politischen Systemen jedoch noch heute für eine strukturell bedingte hohe Bereitschaft, Fremdbestimmung und Souveränitätsverlust notfalls auch mittels Gewalt abzuwehren. Die Hauptträger eines „revolutionären“ Anti Amerikanismus entsprechend der o.g. Definition sind seit den 1990er Jahren in Nordafrika, Nah- und Mittelost überwiegend extremistische islamistische Gruppen und Netzwerke. Sie profitierten von der zunehmend über private Kanäle laufenden Finanzie-

¹⁸ Wie z.B. in Algerien ansatzweise 1979/1980, verstärkt seit 1988/1989.

rung ihrer Aktivitäten und von der Transnationalität islamistischer extremistischer und terroristischer Gruppen und Netzwerke.¹⁹ Durch die Entradikalisierung der Außenpolitik ehemals „radikaler Staaten“ konnten sie sich als neue „Revolutionäre“ etablieren. Es sind gegenwärtig nicht mehr überwiegend oder ausschließlich Fraktionen der Staatsführungen,²⁰ die einen Umsturz zwecks Umorientierung der ihnen zu „amerikafreundlichen“, „amerikaabhängigen“ Politik anstreben, sondern Gruppen der illegalen Opposition im In- und Ausland.

- **Typ 4 – Der „instrumentalisierte“ Antiamerikanismus:** Es handelt sich hierbei um einen Antiamerikanismus, der von der Staatsführung eines Landes für innenpolitische, legitimatorische Zwecke, also zur Herrschaftssicherung, gezielt stimuliert und eingesetzt wird. Diese Instrumentalisierung des Antiamerikanismus fand statt, um der Staatsführung die Unterstützung der Massen zu sichern, Opposition zu neutralisieren, die Verantwortung für eigene Fehlschläge und Misserfolge „nach außen“ auf einen (ausländischen) Sündenbock abwälzen zu können und schließlich die Rechtfertigung für eine stärkere Anbindung an die Sowjetunion zu liefern. Dieser letztgenannte Punkt trifft seit Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zerfall der Sowjetunion allerdings nicht mehr zu. Seit den 1990er Jahren ist verstärkt zu beobachten, dass oppositionelle Gruppen, darunter hauptsächlich extremistische und terroristische Gruppen, zur Anbindung und Sicherung von Unterstützern und Sympathisanten gezielt antiamerikanische Emotionen stimulieren und kanalisieren. Ihr Antiamerikanismus trägt zum Organisationsaufbau und zum Organisationserhalt bei. Auch bei Typ 4 des Antiamerikanismus ist – ähnlich wie

¹⁹ Diese „Transnationalität“ wurde durch die massiven nationalen und regionalen Bekämpfungsmaßnahmen in den 1990er Jahren in Nordafrika/Nahost gefördert. Der Zwang zur grenzüberschreitenden Wanderung der Gruppenmitglieder und der dadurch bedingten Verlegung der „sicheren Räume“ zur Reorganisation, ideologischen und waffentechnischen Schulung usw. führte zu einer organisatorischen Umstrukturierung, einer Strategieanpassung (mehr Autonomie der einzelnen Gruppen) und einer breiten geographischen Streuung, die eine Lokalisierung und Festsetzung der Netzwerke extrem erschwerte.

²⁰ Verantwortlich für eine sukzessive Abmilderung der Positionen einiger vormals „revolutionärer“, einem sozialistischen oder „Dritten Weg“ verpflichteten Staatsführungen gegenüber den USA und für die Versuche einer Neupositionierung innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft waren insbesondere die in den 1980er Jahren wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Staaten selbst. Zur Minderung sozialer Spannungen und zur Sicherung eines möglichst hohen Maßes sozioökonomischer Leistungsfähigkeit, um die klientelistischen Ansprüche an den Staat befriedigen zu können, waren vor allem wirtschaftspolitische Entideologisierungen und eine Annäherung an potentielle, finanzkräftige Investoren und Wirtschaftspartner – auch aus den USA – nötig.

bei Typ 3 – in den 1990er Jahren eine Verlagerung bei den Hauptakteuren festzustellen. Stimuliert und instrumentalisiert wird Antiamerikanismus nicht mehr von den Staatsführungen in Nordafrika/Nahost, sondern von nichtstaatlichen, vielfach oppositionellen Gruppen und Organisationen und von Repräsentanten des legalen, institutionalisierten Religionsbereiches.

Die genannten vier Typen des Antiamerikanismus weisen zahlreiche Berührungspunkte auf. So kann eine Protestdemonstration als Folge amerikanischer politischer Maßnahmen („maßnahmenbedingter Antiamerikanismus“) durch den gesellschaftlich verbreiteten ideologisch bedingten Antiamerikanismus an Schärfe gewinnen. Zusätzlich kann dieser sozusagen „doppelt“ gespeiste Antiamerikanismus von der Staatsführung oder einer Gruppe für spezifische Zwecke eingesetzt werden („instrumentalisierter Antiamerikanismus“).

Fallbeispielanalysen zeigen, dass die anti-amerikanischen Argumentationsstränge des jeweiligen Hauptakteurs jeweils die Schwerpunkte setzen. Im gesellschaftlichen Alltag ist die Koexistenz von anti-amerikanischen Einstellungen und Verhaltensweisen sowie „Amerikanismus“, der sich z.B. in der pragmatischen Nutzung amerikanischer Produkte, Errungenschaften, Einrichtungen und der Annahme amerikanischer (finanzieller, materieller) Unterstützung manifestiert, weit verbreitet.

Die Untersuchungen der Ursachen, Formen und Träger von politisch relevantem Antiamerikanismus sowie der Ziele, die seine Träger mit anti-amerikanischer Rhetorik und Handlung verfolgen, sollen schließlich eine präzisere Unterscheidung zulassen zwischen veränderbaren Positionen, die in den Rahmen „Kritik“ fallen und von politischem Handeln abhängig sind, und schwer veränderbaren Positionen, die in extremistischen Ideologien gründen.

Teil II : Zusammenfassung der Ergebnisse der Länderanalysen

Sigrid Faath

Aus: Sigrid Faath (Hrsg.): Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Formen, Dimensionen und Folgen für Europa und Deutschland, Hamburg 2003, 372 S., hier: S. 309-326; englische Ausgabe: "Anti-Americanism in the Islamic World", London: Hurst & Company, 2006

Maghrebstaaten: Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko

Trotz unterschiedlicher struktureller Voraussetzungen und unterschiedlicher historischer Beziehungen zum „Westen“ war das postkoloniale Verhältnis der Maghrebstaaten zu den USA und den europäischen Staaten kein dogmatisch verfestigtes antiwestliches Verhältnis. Wenn es dennoch in der Vergangenheit in den bilateralen Beziehungen Spannungen und Konflikte gab, dann resultierten diese aus der kolonialen Erfahrung und dem Bestreben, die nationale Souveränität zu sichern. Antiwestliche und antiamerikanische Positionen der Staatsführungen und der Mehrheit der Bevölkerungen in den Maghrebstaaten waren und sind überwiegend direkte Reaktionen auf entsprechende Handlungen und Beschlüsse der US-Administration oder europäischer Staaten. Zwischen den USA und anderen westlichen Staaten wird differenziert; differenziert wird auch zwischen der US-Administration und der amerikanischen Bevölkerung. Eine prowestliche Grundhaltung dominiert in allen Maghrebstaaten. Davon ausgenommen ist die Akteurskategorie der Islamisten; sie vertreten aus ideologischen Gründen antiamerikanische Positionen und lehnen Teile „westlicher“ Kultur und der westlichen staatlichen und gesellschaftlichen Organisation ab. Islamistische Gruppen haben in Tunesien und Libyen keine gesellschaftliche Basis, in Algerien und Marokko dagegen hat die islamistische Bewegung Zulauf. Die Islamisten verfügen in allen vier Staaten über gewaltbereite und terroristische Zellen bzw. Gruppen, die z.T. mit den internationalen Terrorismusnetzwerken in Verbindung stehen; sie haben in Algerien, Marokko und Tunesien vereinzelt „westliche“ Ziele/Symbole angegriffen.

Libyen: Antiamerikanismus oder eine antiwestliche Haltung ist in Libyen keine außenpolitische Handlungsvorgabe, sondern stets reale Ausprägung einer übergeordneten politischen Zielsetzung, nämlich Kampf gegen ausländische Einmischung, ausländisches Hegemonialstreben und Kampf für nationale Selbstbefreiung bzw. Selbstbestimmung. Aus historischen Gründen nimmt in diesem Kontext die Auseinandersetzung mit den USA den prominentesten Platz ein; von libyschen Gegenreaktionen genauso betroffen sind/wären andere Staaten, die mit ihrer Politik

libysche Interessen gefährden. Das Entwicklungspotential des Antiamerikanismus bzw. einer generell antiwestlichen Haltung ist vor dem Hintergrund einer über 34jährigen Revolutionsgeschichte differenziert einzuschätzen. Das ausgeprägte nationale Interesse und die ideologische Verortung des Revolutionsregimes lassen vermuten, dass auch in Zukunft antiamerikanisches und antiwestliches Potential vorhanden sein wird. Dieses Potential wird jedoch eng mit dem politischen Handeln der USA/des Westens insbesondere im Raum Nordafrika, Nah- und Mittelost, aber auch eng mit dem Konfrontationswillen der libyschen Staatsführung verknüpft sein. Antiamerikanismus äußert(e) sich in Libyen weniger in direkten Angriffen auf US-Bürger im Lande (selbst zu Zeiten großer bilateraler Spannungen hat es keine Übergriffe gegeben). Übergriffe auf westliche Botschaftsvertretungen sind indes potentiell jederzeit möglich, sind sie doch bereits in der Vergangenheit, zuletzt im September 2000, probates Mittel zur Entladung (gesteuerten) Volkszornes gewesen und trafen je nach politischem Kontext die Botschaften der USA, Frankreichs, Großbritanniens, aber auch Nigerias oder Ägyptens (d.h., der Einsatz dieses Mittels ist nicht auf westliche Botschaften beschränkt). Der Irakkrieg hat bislang weniger konkrete und militante denn eher langfristig wirkende diffuse Auswirkungen wie im außenpolitischen Bereich die verstärkte Suche nach nicht-westlichen Bündnispartnern (Russland, der VR China, Malaysia, Iran und Südafrika); im innenpolitischen Bereich verstärken sich die Widerstände der Revolutionskomiteebewegung gegen die Öffnungspolitik; im wirtschaftlichen Bereich gibt es einen zunehmenden Trend, Projektaufträge und Lieferaufträge nach *politischen* Kriterien (z.B. an den Bündnispartner VR China) zu vergeben anstatt an „westliche“ Firmen. Die libysche Bevölkerung internalisierte zwar die Positionen der Revolutionsführung; die jungen Generationen sind jedoch überwiegend kulturell am „Westen“ (inklusive USA) orientiert; die Bildungselite favorisiert das amerikanische und europäische Bildungswesen. Die islamistische Bewegung ist in Libyen ohne politischen und gesellschaftlichen Einfluss.

Tunesien: Durch die bereits seit der Unabhängigkeit 1956 eingeleitete prowestliche Ausrichtung und die hohe Integration des Tourismuslandes Tunesien in die Weltwirtschaft sind Fakten geschaffen worden, die eine Aufgabe dieses Kurses unwahrscheinlich machen. Dissens gibt es innerhalb der Gesellschaft höchstens über den Grad bzw. die Intensität der weiteren politischen Kooperation mit den USA und den europäischen Staaten, nicht jedoch über die Ausrichtung insgesamt. Das schließt Kritik und Proteste gegen einzelne politische Maßnahmen primär der USA, die als „parteiisch“ (antiarabisch, antiislamisch, proisraelisch) eingestuft werden, nicht aus. Hauptträger solchen Unmuts sind neben Anhängern der massiv verfolgten islamistischen Bewegung Vertreter nationalistischen Gedankengutes, die allerdings beide über keine verfestigten Organisationsstrukturen und keine

Massenbasis verfügen. Analog gibt es im wirtschaftlichen Bereich kaum grundsätzliche Kritik an der Liberalisierungs- und Öffnungspolitik, sondern höchstens aus Gewerkschaftskreisen Kritik an zu großer sozialer Unausgewogenheit einzelner Maßnahmen. Die Präferenz westlich-amerikanischer Waren ist davon unberührt und folglich waren initiierte Gegenbewegungen zum Scheitern verurteilt. Die tunesische Bevölkerung differenziert zwischen der Politik der US-Administration und den USA und ihrer Bevölkerung. Die Öffnung Tunesiens für den Tourismus ermöglicht es jedoch international aktiven terroristischen islamistischen Gruppen – wie der Anschlag von Djerba im April 2002 zeigte – durch Anwerbung einzelner Sympathisanten vor Ort „westliche“ Ziele anzugreifen. Tunesischer antiwestlicher Terrorismus ist inexistent, was mit an der geringen gesellschaftlichen Verankerung extremistischer (islamistischer) Ideologie liegt.

Algerien: Algerien hat historisch bedingt nach der Unabhängigkeit 1962 einen Kurs vertreten, der auf Blockfreiheit und Distanz zum „Westen“ (inklusive USA) beruhte. Die fortbestehende Verflechtung mit europäischen Staaten schwächte den Antagonismus jedoch ab. Der algerische Diskurs war folglich kein generell unreflektierter antiwestlicher, sondern bezog sich auf einzelne politische Maßnahmen des Westens, die als unvereinbar mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht eingestuft wurden. Diese Distanz zum Westen und zu den USA wurde unter dem Druck notwendiger ökonomischer Reformen Ende der 1970er Jahre/Anfang der 1980er Jahre aufgegeben. Die außenpolitische Westausrichtung Algeriens ist seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sukzessive ausgebaut und um entsprechende wirtschaftspolitische Umstrukturierungen, die eine Integration in die Weltwirtschaft vorbereiten sollen, erweitert worden. Kritik an diesem Kurs kommt aus den nationalistischen, linken und islamistischen Parteien und Gruppen. Diese Kritik bettet sich ein in die seit Jahren geübte generelle Kritik algerischer Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Intellektueller am Dominanzgebaren der US-Administration, ihrem Hegemoniestreben und ihrer Befürwortung einer unipolaren Welt, die mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unvereinbar sei. Die Kritik verstärkte sich seit den Vorbereitungen zum Irakkrieg 2003 und den zunehmenden Vorwürfen der USA, Algerien habe Nuklearambitionen. Die algerischen Kritiker amerikanischer Politik haben ein distanziertes Verhältnis zur US-Administration. Die algerische islamistische Bewegung ist auf Grund ihrer Ideologie und Ansprüche antiamerikanisch und hinsichtlich des verfolgten islamischen Staats- und Gesellschaftsmodells antiwestlich, weil sie ein gesellschaftliches und politisches Gegenmodell zur (säkularen) Republik und liberalen Gesellschaft „westlicher“ Prägung umsetzen will. Der gesellschaftliche und politische Einfluss der islamistischen Bewegung ist in Algerien stark. Ihre terroristischen Teile sind nach wie vor aktiv; wenn diese sich auch überwiegend auf algerische Ziele konzentrierten, so ist

– wie die Ermordung von Europäern in Algerien besonders 1993 und die Geiselnahme von europäischen Touristen im Frühjahr 2003 zeigte – bei entsprechend vorhandenen und erreichbaren Zielen eine neuerliche Ausweitung auf „westliche“ Objekte in Algerien nicht auszuschließen.

Marokko: Trotz aller politischen Kritik an der US-Außenpolitik im Nahen Osten gegenüber dem Irak und den Palästinensern und den fundamentalen Vorbehalten der Islamisten gegen eine westliche Staats- und Gesellschaftsordnung ist der westliche/amerikanische Trend in der marokkanischen Bevölkerung bislang ungebrochen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Attraktivität von amerikanischen Life-style-Produkten, die Attraktivität von Kanada und den USA als Migrationsziel oder die Vorliebe für westliche Musik und Filme, sondern auch auf die Forschungs- und Sprachenpolitik. Der seit der Unabhängigkeit 1956 hohe Stellenwert panarabischer und panislamischer Themen führte dazu, dass sich sowohl die säkular orientierten nationalistischen Parteien wie die USFP oder die Istiqlal-Partei als auch die islamistische Bewegung um die *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung* (PJD) und die nicht legalisierte islamistische *Vereinigung Gerechtigkeit und Nächstenliebe* (al-Adl wal-Ihsan) stets kritisch mit dem für sie offensichtlichen Hegemonialstreben und Dominanzgebaren der USA vor allem seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion auseinandersetzen. Einen Antiamerikanismus sui generis gibt es in Marokko nicht, sondern nur eine themen-/verhaltensbezogene Kritik oder eine ablehnende Position spezifischen außenpolitischen Verhaltens der US-Administration. Allerdings gilt dies nur eingeschränkt für die sich seit den 1980er Jahren formierende islamistische Bewegung, die über diese Aspekte hinaus das westliche Demokratiemodell ebenso wie Teile des westlichen Lebensstils als „unislamisch“ ablehnt und sich für die Stärkung der arabisch-islamischen Identität sowie die Herstellung einer islamischen, auf der Scharia basierenden Ordnung einsetzt. Ungeachtet der langjährigen Verankerung Marokkos im westlichen Lager und der wirtschaftlichen Öffnung des Landes zum Weltmarkt geben die massiven strukturellen Probleme des Landes (Armut) der islamistischen Bewegung nach wie vor Ansatzpunkte für Kritik an dieser politischen und wirtschaftlichen Anlehnung an „den Westen“ und Ansatzpunkte für die Propagierung des islamistischen Staats- und Gesellschaftsmodells als Lösungskonzept. Die islamistische Bewegung hat in den 1990er Jahren auf der Basis ausgeprägter, zum Großteil vom Ausland finanzierter Sozialarbeit ihre Präsenz verankert und bei innenpolitischen Reformvorhaben und bei internationalen Entwicklungen (in den Palästinensischen Autonomiegebieten, Afghanistan, Irak) antiwestliche und antiamerikanische Positionen bezogen. In Kombination mit Kontakten zum islamistischen al-Qa'ida-Netzwerk führte dies in Einzelfällen zu einer Radikalisierung der marokkanischen Islamisten (u.a.

Anschläge in Casablanca am 16. Mai 2003). Das Mobilisierungspotential der Gruppen und Vereinigungen, die ideologisch bedingt eine antiwestliche und anti-amerikanische Einstellung propagieren, profitiert von einer als antiarabisch und antiislamisch empfundenen Politik der USA im Nahen Osten bzw. generell im arabisch-islamischen Raum. Der Erfolg einer Gegenmobilisierung der Staatsführung hängt wesentlich von zwei Faktoren ab: Zum einen von der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dem arabisch-islamischen Raum und insbesondere gegenüber den Palästinensern/Israel und zum zweiten von den entwicklungspolitischen Erfolgen der marokkanischen Regierung, die islamistische Lösungsangebote unattraktiv machen könnten.

Ägypten

Während der Regierungszeit Präsident Nassers (1956-1970) wurde die ägyptische Politik von einem ideologisch bedingten Anti Amerikanismus geprägt: Der Anspruch Nassers, Führer des „arabischen Widerstands“ gegen „amerikanischen, westlichen und zionistischen Druck“ im arabischen Raum zu sein, das Streben, Ägypten vor Fremdeinflüssen zu bewahren und einen sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen, konsolidierten die Distanzierung von den USA. Die anti-amerikanische Positionierung Ägyptens wurde deutlicher, je proisraelischer sich die amerikanische Politik manifestierte. Sie verfestigte sich nach der Niederlage der arabischen Koalitionsarmee im Krieg gegen Israel 1967. Die ägyptische Führung instrumentalisierte den Anti Amerikanismus, der mit Antizionismus gleichgesetzt wurde, zur politischen Mobilisierung und zur psychologischen Verarbeitung der Niederlage von 1967. Die amerikakritischen und ablehnenden Positionen prägten nicht nur die Staatsführung, sondern weite Teile des linken und nationalistischen Parteienspektrums und der Bevölkerung. Nach dem außen- und innenpolitischen Kurswechsel unter Präsident Sadat (1970-1981), der wirtschaftspolitisch eine Abkehr vom sozialistischen Modell, eine Annäherung an und zunehmend finanzielle Abhängigkeit von den USA sowie einen radikalen Bruch in der Politik gegenüber Israel (Friedensabkommen 1979) einschloss, trat eine deutliche – bis heute anhaltende – Spaltung zwischen politischer Führungselite auf der einen und politischer Opposition, intellektueller Elite und Bevölkerung auf der anderen Seite zutage. Während die politische Führung unter Präsident Mubarak (seit 1981) die finanzielle Abhängigkeit von den USA nicht mindern konnte, versucht sie die wachsende Kluft zwischen ihrer realen Abhängigkeit von den USA und der massiven Ablehnung dieser Abhängigkeit in der Bevölkerung durch die dosierte Zulassung von anti-amerikanischer und antiisraelischer Rhetorik und Demonstrationen zu mildern. Der ideologisch bedingte Anti Amerikanismus lebt somit nicht in der pragmatischen Staatsführung fort, sondern existiert vor allem in den linken, nasse-

ristischen, nationalistischen Oppositionsparteien und bei Intellektuellen. Seine virulenteste Form, die antiwestliche Elemente (Ablehnung westlicher Sitten und Normen) einschließt, fand der ideologische Anti Amerikanismus in der islamistischen Bewegung und dem religiösen Establishment. Die säkulare politische Opposition und zahlreiche Intellektuelle teilen dagegen einen teils ideologischen, teils maßnahmenbedingten Anti Amerikanismus und Amerikakritik; antiwestlich im Sinne von antieuropäisch sind sie nicht. Anti amerikanische Rhetorik ist beim religiösen Establishment und den Linken jeweils eine Reaktion auf spezifische politische Ereignisse und in der Regel nicht pauschal gegen westliche Staaten gerichtet. Seit dem 11. September 2001 und dem Irakkrieg 2003 wächst in breiten Kreisen der ägyptischen Bevölkerung die Kritik an der US-Administration, weil die ergriffenen Maßnahmen nicht nur als Maßnahmen gegen Terrorismus, sondern als Maßnahmen gegen Muslime schlechthin bewertet werden. Die islamistische Bewegung und ihre Sympathisanten im religiösen Establishment nutzen diese Wahrnehmung und emotionale Entrüstung in breiten Bevölkerungskreisen, um mit anti amerikanischen und antiwestlichen Parolen für ihr gesellschaftliches und politisches Gegenmodell zu werben: Der hohe Stellenwert der Religion in der ägyptischen Bevölkerung sichert ihnen Zustimmung und Einfluss; Entwicklungspotential für Anti Amerikanismus und eine gegen westliche Kultur und Lebensformen gerichtete Einstellung ist deswegen in Ägypten vorhanden und nicht zu unterschätzen.

Sudan

Im Sudan hat ein großer Teil der Bevölkerung eine kritische Einstellung zu den USA, die überwiegend politisch begründet wird und sich bewusst auf das politische Verhalten der USA gegenüber dem Sudan im besonderen und die amerikanische Politik in der Region Naher Osten bzw. Afrika im allgemeinen beschränkt. Hauptträger anti amerikanischer Einstellungen und Handlungen war in der Vergangenheit die starke sudanesisch linke, die jedoch gegenwärtig keinen nennenswerten Rückhalt mehr in der Bevölkerung hat. Der einflussreiche Hauptträger des Anti Amerikanismus im Sudan ist seit dreißig Jahren die islamistische Bewegung, die anti imperialistische Elemente des linken Diskurses aufnahm. Anti Amerikanismus äußert sich im Sudan in erster Linie rhetorisch; die rhetorische Virulenz ist abhängig von konkreten politischen Maßnahmen der US-Administration, die vor dem Hintergrund ihrer Bedeutung für den Sudan bewertet werden. Das Gewaltpotential im Zusammenhang mit anti amerikanischen Einstellungen ist insgesamt gering, was vereinzelt Anschläge nicht ausschließt. Die Mehrzahl der Sudanesen unterscheidet jedoch zwischen der Politik der amerikanischen Regierung und den Amerikanern als Volk und Individuen. Amerikaner als Individuen werden nicht prinzipiell angefeindet. Zwischen den USA und anderen westlichen Staaten wird differenziert:

Die europäischen Staaten werden als eigenständige Akteure wahrgenommen, die eine eigene Politik betreiben. Im Sudan ist antiwestliches Potential vorhanden, das sich deutlich vom Antiamerikanismus unterscheidet: Antiamerikanismus ist in erster Linie politisch geprägt; eine antiwestliche Haltung bezieht sich dagegen hauptsächlich auf eine kulturelle Einstellung. Diese kulturellen Einstellungen gegenüber dem Westen sind uneinheitlich. Ein bedeutender Teil der städtischen Jugend interessiert sich für das kulturelle Angebot des Westens, während zur Förderung der eigenen Ideologie und des eigenen Gegenmodells die stark religiös und die islamistisch geprägten Bevölkerungsteile das Stereotyp verbreiten, der Westen sei dekadent, unmoralisch und unsozial. Berührungspunkte gibt es beim Konsum westlicher Waren dagegen auch auf islamistischer Seite nicht. Da die Virulenz des Antiamerikanismus im Sudan vor allem durch amerikanische Politik mit Rückwirkungen auf den Sudan geschürt wird, können sich bei entsprechendem politischem Verhalten der USA die vorhandenen antiamerikanischen Positionen in der sudanesischen Bevölkerung auch wieder verstärken. Auf politischer Ebene herrscht gegenwärtig aller Rhetorik zum Trotz eine pragmatische Realpolitik vor, die Konfrontationen vermeiden will; der Irakkrieg hatte deswegen auch keine einschneidenden Änderungen der sudanesischen Außenpolitik zur Folge.

Saudi-Arabien

Antiamerikanismus und eine prinzipiell antiwestliche Grundhaltung sind in Saudi-Arabien weit verbreitet. Vor allem die traditionellen, religiösen Teile der Bevölkerung und die Islamisten stehen „dem Westen“ ablehnend gegenüber. Diese Haltung wird von einer seit langem bestehenden Ablehnung von Nichtmuslimen genährt. In breiten Bevölkerungskreisen in Saudi-Arabien ist die Haltung gegenüber den USA und „dem Westen“ dennoch ambivalent zu nennen. Ihre Kritik am Westen gilt vor allem der konkreten amerikanischen Politik in der Golfregion und im Nahen Osten. Europäische Staaten werden davon in der Regel ausgenommen. Die materielle Kultur des Westens, vor allem der USA, ist in Saudi-Arabien jedoch intensiv verbreitet und prägt die Gesellschaft. Antiamerikanismus und ein virulenter Antisemitismus hängen bei den saudischen Islamisten eng zusammen; außerhalb islamistischer Kreise überwiegen politische Argumente, eng verbunden mit einer Kritik an der US-Politik, von der behauptet wird, sie werde durch „eine jüdische Lobby“ bestimmt. Die Hauptbezugspunkte für antiamerikanische Positionen waren und sind die amerikanische (Militär-)Präsenz in Saudi-Arabien und des weiteren konkrete Konflikte, in denen die USA eine zentrale Rolle spielen wie der Nahostkonflikt und der Konflikt um den Irak bzw. die amerikanische Intervention im Irak. Der Antiamerikanismus in Saudi-Arabien ist so fragmentiert wie die saudische Gesellschaft: Unter den Wahhabiten des Najd und anderen Regionen gibt es starke Wi-

derstände gegen die partiell prowestliche Außenpolitik des Regimes und die eingeleiteten Modernisierungsprozesse; im Asir, Hijaz und der Ostprovinz drückt die Bevölkerung durch antiamerikanische Positionen oftmals ihre Ablehnung der Herrschaft der Familie Sa'ud aus. Antiamerikanischer Terrorismus ist die extremste Ausprägung des saudischen Antiamerikanismus, den neben Usama Ibn Ladin viele andere saudische Staatsangehörige in al-Qa'ida unterstützen. Ihre Ausrichtung hat sich internationalisiert und ist somit von der saudischen Innenpolitik losgelöst. Die USA werden von al-Qa'ida und ihren Anhängern als Besatzungsmacht in Saudi-Arabien wahrgenommen, gegen die deswegen auch immer wieder in Saudi-Arabien selbst vorgegangen werden soll. Antiamerikanismus ist in Saudi-Arabien populär und gewinnt wachsenden Einfluß auf die Politik: Die antiwestliche Argumentation der Islamisten findet vielfach Anklang bei liberalen Saudis, so dass zu erwarten ist, dass der Druck auf die Staatsführung ansteigen wird, ihr Verhältnis zu den USA neu zu definieren, wenn der Regimeerhalt und die innenpolitische Stabilität gesichert werden sollen.

Golfstaaten (Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, VAE)

Politische Entwicklungen, die zur Ausweitung der militärischen Präsenz der USA in den 1980er Jahren und in Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg 1990/1991 in der Golfregion und in den Golfstaaten führten, begünstigten in den kleineren Golfstaaten ähnlich wie in Saudi-Arabien eine wachsende Opposition gegen die proamerikanische Politik der Staatsführungen in den Golfstaaten. Religiös-Konservative und Islamisten sowie Teile der Bevölkerung, die vom saudischen Wahhabismus geprägt sind, nehmen in wachsendem Maße antiamerikanische und auch antiwestliche Positionen, die sich gegen Kultur und Sitten des Westens richten, ein. Breite Bevölkerungsteile auch außerhalb dieses konservativen religiösen und islamistischen Spektrums kritisieren die Haltung der USA im Nahostkonflikt und die als „imperialistisch“ wahrgenommene Politik zur Ausdehnung des Einflusses im Nahen und Mittleren Osten. Zwischen amerikanischer Politik und der Politik anderer westlicher Staaten wird differenziert. Die Generationen sind allerdings gespalten, was die kulturelle Anziehungskraft Amerikas und „des Westens“ angeht. Die jüngeren Generationen werden eindeutig von der materiellen Kultur des Westens stark angezogen. Gewaltsame Akte gegen amerikanische Staatsbürger oder Symbole traten nach einzelnen politischen Ereignissen oder Maßnahmen der US-Administration auf, die Demonstrationen auslösten. Sie sind auch künftig nicht auszuschließen. Unmut über die Situation äußert sich gleichfalls in einem Warenboykott. Noch ist die Kritik an der amerikanischen Politik und Militärpräsenz in der Region nicht mit einem generellen und automatischen Antiamerikanismus gleichzusetzen. Die Mehrheit der Bürger in den Golfstaaten unterscheidet weiter-

hin zwischen der Meinung einzelner Amerikaner und der offiziellen Haltung und Politik der amerikanischen Regierung. Dennoch schwinden langsam die Unterschiede, wie die jüngsten Angriffe auf amerikanische Institutionen und Einzelpersonen zeigen.

Jemen

Das Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zählt zu den Grundfesten der jemenitischen Gesellschaft, die bis in die Gegenwart von Stammesstrukturen und deren Regeln geprägt ist. Eine auf Dominanz und Hegemonie ausgerichtete Politik fremder Mächte stößt deshalb von vornherein auf tiefes Misstrauen und Ablehnung. Seit dem zweiten Golfkrieg 1990/1991 nahm die Aversion gegen die Militärmacht USA in der jemenitischen Öffentlichkeit unverkennbar zu. Die Irakpolitik der USA 2002/2003 verstärkte diese Aversion. Die Mehrzahl der Jemeniten verurteilt die aktuelle amerikanische Irakpolitik als offenes Hegemonialstreben und egoistisches Agieren zugunsten amerikanischer Interessen; sie prangern zudem die Doppelmoral der USA hinsichtlich des Besitzes von Massenvernichtungswaffen (Israel darf, Irak nicht) an. Die amerikanische Politik im arabischen Raum und das Auftreten der USA seit dem 11. September 2001 begünstigt im Jemen den arabischen Nationalismus, die Politisierung der Religion und die sich zunehmend aktivierenden Islamisten, die sich als Formen des Protests gegen diese Vereinnahmung aufbauen. Politische islamische und islamistische Gruppen gehören zu den Hauptträgern des AntiAmerikanismus im Jemen. Die sich religiös, aber nicht islamistisch definierenden Gruppen, die eine breite Mehrheit der Muslime sammeln, äußern ihre Ablehnung überwiegend in friedlichen Protestformen, während islamistische Gruppen zunehmend mit gewaltsamen Aktionen auf generell „westliche“ Ausländer und ausländische Einrichtungen auf sich aufmerksam machen. Islamistische Gruppen, die in kleinen Gruppen und relativ lose organisiert sind, besitzen im Jemen dennoch eine gefestigte Stellung und Einfluß, weil sie in Verbindung stehen mit ihren (konservativ orientierten) Stämmen, die seit der Einstellung saudischer Zahlungen (als Folge des 11. September 2001) auch ihre Finanzierung sicherstellen. Die Mehrheit der jemenitische Bevölkerung ist gegen terroristische Aktionen; sie teilt jedoch mit den Extremisten die Ablehnung der US-Politik. Es handelt sich im Jemen überwiegend um maßnahmenbedingten AntiAmerikanismus. Er hat bei den extremistischen Gruppen ideologisch bedingt eine Tendenz zu antiwestlichen Positionen, was sich bereits mehrfach in Einzelaktionen gegen westliche Staaten manifestierte.

Irak (bis zum Sturz Saddam Husains)

Die Grundprinzipien der seit 1968 herrschenden Baath-Partei, „Einheit, Freiheit, Sozialismus“, schlossen einen ideologischen Anti Amerikanismus und anti westliche Positionen ein. „Einheit“ bedeutete die angestrebte Wiederherstellung der durch westlichen Kolonialismus geteilten „arabischen Nation“. „Freiheit“ wurde nicht nur mit der Beendigung der direkten Kolonial- und Mandats Herrschaft gleich gestellt, sondern auch mit der Überwindung fort dauernder wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit vom Westen. Sozialismus wurde mit dem Aufbau einer gerechteren Gesellschaft übersetzt; der Begriff wurde jedoch als Antipode zum Kapitalismus und Imperialismus der USA verstanden. Die in den 1970er Jahren erfolgte Abwendung von der Sowjetunion und vom Sozialismus und die irakische Feindschaft zu Iran nach der Iranischen Revolution von 1979 leiteten eine Annäherung an die USA ein, die 1984 zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen führte. Der bisherige ideologische Anti Amerikanismus der Staatsführung wurde nicht mehr bemüht. Erst das Vorgehen der USA gegen die Annektierung Kuwaits durch den Irak 1990 und das amerikanische Bestreben, den Irak nach dem zweiten Golfkrieg dauerhaft abzurüsten (Verhängung von UNO-Sanktionen April 1991), begründeten erneut einen staatlich gesteuerten, maßnahmenbedingten Anti Amerikanismus. Die Dauer der Sanktionen, unter denen die Versorgung der Bevölkerung litt, und die sporadischen Luftangriffe der amerikanischen und britischen Streitkräfte, die Opfer unter den Zivilisten forderten, lösten bei vielen Irakern, die nun die USA für ihr Elend verantwortlich machten, anti amerikanische Ressentiments aus. Als Verstärker des in der Bevölkerung um sich greifenden Anti Amerikanismus wirkte die Parteinahme der USA für Israel im Nahostkonflikt. Das Niveau des Anti Amerikanismus in der irakischen Bevölkerung wurde während der Herrschaft Saddam Husains stärker von den spürbaren Auswirkungen der Sanktionen geprägt, als von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder konfessionellen Gruppe; mit ein Grund dafür dürfte die weitreichende Entpolitisierung der irakischen Bevölkerung gewesen sein, deren zivilgesellschaftliche Strukturen zerstört worden waren. Nach 1990/1991 fand eine zunehmende Gleichsetzung von US-Administration und amerikanischem Volk statt. Gewaltsam äußerte sich der Anti Amerikanismus im Irak bis zum Sturz Saddam Husains nur einmal (1992), was jedoch der Tatsache zugeschrieben werden muß, dass amerikanische physische Ziele fehlten. Während nach dem 11. September 2001 und den Vorbereitungen der USA zum Sturz Saddam Husains der offiziell gesteuerte Anti Amerikanismus der irakischen Führung gesteigert wurde, wuchs parallel der Pro Amerikanismus der irakischen Exilopposition. In eine generell anti westliche Haltung war der Anti Amerikanismus bis zum Ende des Saddam-Husain-Regimes nicht gemündet.

Jordanien

Jordanien wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA erklärt die proamerikanische Politik des jordanischen Königshauses, dem eine wachsende anti amerikanisch eingestellte Bevölkerung und Opposition gegenübersteht. Der Anti amerikanismus der jordanischen Bevölkerung ist maßnahmenbedingt: Die Schlüsselrolle der USA im Nahostkonflikt, der Druck der USA auf arabische Staaten, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren, die amerikanische Embargopolitik und die Haltung gegenüber dem Irak, sowie die Präsenz amerikanischer Truppen in Nahost und vor allem in Jordanien sind Faktoren, die den Anti amerikanismus begünstigen. Die ideologische Komponente des Anti amerikanismus ist dagegen im Diskurs der „Mainstream“-Islamisten (Muslimbrüder und Islamische Aktionsfront) geringer anzusetzen. Ihre Verlautbarungen inkriminieren die amerikanische Rolle bei der Unterdrückung des palästinensischen und irakischen Volkes; für die haschemitische Monarchie stellen sie keine revolutionäre Herausforderung dar. Im Unterschied dazu versuchen die minoritären militanten Islamisten den Anti amerikanismus und die Abhängigkeit des Königshauses von den USA in ihrem Kampf gegen die Monarchie zu instrumentalisieren. Ihr Potential ist gegenwärtig gering; dasselbe gilt für die linken Gruppen in Jordanien. Trotz sehr restriktiver Handhabung von Versammlungsfreiheit zeigen allerdings gelegentlich zugelassene Demonstrationen, wie groß und breitgestreut die Unzufriedenheit mit der amerikanischen Politik gegenüber Israel/Palästina ist. Kultureller Anti amerikanismus ist in Jordanien nicht akut; der Boykott amerikanischer Waren seit Ende 1999 ist lediglich ein Instrument der Opposition gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Israel und die amerikanische Hegemonie; der Boykott hat mehr eine psychologische und symbolische Dimension, denn selbst die Unterstützer sind überzeugt, dass von einem solchen Boykott in Jordanien die amerikanische Politik nicht beeinflusst wird. Die Amerikanisierung des jordanischen Alltags und der jungen Generationen ist offensichtlich, wenngleich sie eher als oberflächlich einzuschätzen ist. Zwischen den USA, amerikanischer Politik und anderen westlichen Staaten wird in der jordanischen Bevölkerung unterschieden.

Libanon

Anti amerikanismus ist im Libanon vorwiegend maßnahmenbedingt und ist besonders ausgeprägt bei islamistischen Gruppen. Mit Anti amerikanismus wurde auf die Involvierung der USA in den libanesischen Bürgerkrieg, auf die engen Beziehungen USA-Israel und die einseitige Parteinahme der US-Administrationen zugunsten Israels reagiert. Negativ wird den USA die Verurteilung des bewaffneten libanesischen Widerstands gegen die 22 Jahre andauernde Besetzung Südlibanons durch Israel und die Bezeichnung der islamistischen schiitischen Hizbullah, die im Libanon großes Ansehen genießt, als *terroristische* Organisation, angerechnet. Der

Antiamerikanismus der Hizbullah selbst ist ideologisch motiviert und steht in einem engen Zusammenhang mit der amerikanischen Iranpolitik und den engen Beziehungen der Hizbullah zur Islamischen Republik Iran. Die iranische antiamerikanische Rhetorik wurde von Hizbullah übernommen. Der antiamerikanische Diskurs wird von der Hizbullah trotz des Wandels zu einer disziplinierten Partei weiterhin benutzt, um an die Legitimation als Frontkämpfer (gegen die israelische Besatzung) anzuknüpfen. Die sunnitischen islamistischen Gruppen im Libanon, politisch weniger einflussreich, weisen stärkere ideologisch motivierte Elemente des Antiamerikanismus als die Hizbullah auf; das Mobilisierungspotential dieser Gruppen (Takfir wal-hijra, Asbat al-ansar) ist jedoch gering. Demgegenüber ist die extreme christliche Opposition (Aoun u.a.) proamerikanisch; doch gilt auch hier, dass die Stellungnahmen und Beziehungen zu den USA unter pragmatischen Interessensgesichtspunkten gesehen und gepflegt werden. Die kulturelle Amerikanisierung der libanesischen Gesellschaft ist zwar weit fortgeschritten; in allen Bevölkerungsgruppen sind jedoch latent starke antiamerikanische Gefühle vorhanden. Eine Differenzierung zwischen den USA und anderen westlichen Staaten oder der US-Administration und der amerikanischen Bevölkerung findet statt.

Syrien

Der ideologisch bedingte Antiamerikanismus der Baath-Ideologie, der sich gegen die amerikanische Einmischung in der Region wandte, und die Hinwendung zur Sowjetunion, die Haltung Syriens im Nahostkonflikt und die Einmischung Syriens in den libanesischen Bürgerkrieg sorgten für angespannte Beziehungen zwischen Syrien und den USA, die Syrien 1979 auf die US-Liste der Terrorismus-Sponsoren setzte. Die Stigmatisierung Syriens als „Schurkenstaat“ und Schutzmacht für Terroristen verschärfte wiederum den offiziellen syrischen Antiamerikanismus. Erst der Beitritt des syrischen Präsidenten Hafiz al-Asad zur Anti-Irak-Koalition der USA 1990/1991 verbesserte die Beziehungen, die jedoch sehr fragil geblieben sind und durch Aussagen und Maßnahmen der US-Administration seit dem 11. September 2001 erneut gestört wurden. Dementsprechend ging der Antiamerikanismus auch nicht zurück. Der eigentliche Hauptauslöser für Antiamerikanismus in Syrien ist jedoch der Nahostkonflikt, die fortdauernde Besetzung des Golan durch Israel und die einseitige, proisraelische Politik der USA. Der offizielle Antiamerikanismus reagiert allerdings auf die regionale Großwetterlage und wird pragmatisch eingesetzt oder zurückgenommen, um die Interessen Syriens nicht zu gefährden. Ideologisch bedingter Antiamerikanismus, gespeist aus den Traditionen der Baath-Ideologie, könnte indes von Gegnern des Reformkurses wieder reaktiviert werden. Als potentielle Träger von Antiamerikanismus, der sich in antiimperialistische Parolen einbettet, kommen außerhalb der traditionellen politischen Eliten kaum oppo-

sitionelle Gruppen in Betracht; die islamistische Bewegung (Muslimbrüder) wurde bereits in den 1980er Jahren zerschlagen und verfügt gegenwärtig über keinen politischen Einfluß. Der maßnahmenbedingte Antiamerikanismus ist ebenfalls in der Bevölkerung verbreitet und tief verankert; es kam mehrfach nach spezifischen Ereignissen (z.B. 1998 Bombardierung des Irak) und im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt zu Demonstrationen, die in gewaltsame Ausschreitungen gegen amerikanische und britische (wegen britischer Beteiligung an Bombardements gegen den Irak) Einrichtungen mündeten. Es handelt sich jedoch stets um Protesthandlungen gegen die amerikanische Politik (oder die ihrer Verbündeten) in der Region Nahost. An sich wird von den politischen Eliten wie auch von Seiten der Bevölkerung differenziert zwischen den USA und anderen westlichen Staaten.

Palästinensische Autonomiegebiete

Antiamerikanismus in den Palästinensischen Autonomiegebieten ist das strukturell verfestigte Resultat einer amerikanischen Politik im Nahen Osten, die in der Wahrnehmung einer überwältigenden Mehrheit des palästinensischen Volkes sehr viel stärker die Interessen der israelischen als jene der palästinensischen Bevölkerung berücksichtigt. Der palästinensische Antiamerikanismus ist primär maßnahmenbedingt und nährt sich aus der US-amerikanischen Unterstützung Israels. Maßnahmenbedingter Antiamerikanismus ist ein Phänomen, das praktisch alle politischen Gruppen und sozialen Schichten in den Palästinensischen Autonomiegebieten umfaßt. Die Ursachen des palästinensischen Antiamerikanismus schließen aus, dass er zu einer Einstellung mutieren könnte, die Ressentiments gegen Europa und westliche Werte allgemein einschließt. Indizien sprechen allerdings dafür, dass sich bei einer signifikanten Minderheit der palästinensischen Bevölkerung und ihrer politischen Organisationen der maßnahmenbedingte Antiamerikanismus zu einem ideologisch begründeten verdichtet hat. Seine Vertreter nehmen die USA als einen von jüdisch-israelischen Kräften durchsetzten Akteur wahr, dem es darum geht, die Araber zu erniedrigen und zu dominieren. Auch bei diesem ideologisch begründeten Antiamerikanismus wird indessen differenziert zwischen USA (Israel) auf der einen Seite und dem Rest „des Westens“ auf der anderen Seite. Bei seinen Trägern ist das Potential zu einer pauschalen Verurteilung des Westens jedoch insofern vorhanden, als rationale Begründungselemente dieses Antiamerikanismus im Schwinden begriffen sind. Die Hauptträger des ideologisch bedingten Antiamerikanismus sind islamistische Organisationen (Hamas, Islamischer Jihad), die eine dezidiert antiwestliche Ideologie vertreten. Im Unterschied zu den islamistischen Gruppen verfißt die dominante Strömung in der PLO, die Fatah, einen radikalen Nationalismus, der es unwahrscheinlicher macht, dass sich eine ideologische Verhärtung ergibt, die zu einer pauschalen Verurteilung „des Westens“ führen wird.

Konkrete Anzeichen für einen extremistischen Anti Amerikanismus (Gewaltakte gegen amerikanische Ziele) liegen nicht vor, selbst wenn die Rhetorik von Hamas in diese Richtung weist. Ähnliches gilt für den Islamischen Jihad oder nichtislamistische militante Organisationen wie die al-Aqsa-Brigaden aus dem Umfeld der Fatah-Organisation und die *Popular Front for the Liberation of Palestine* (PFLP).

Iran

Der Anti Amerikanismus eines dominanten Teils der iranischen Machtelite ist untrennbar mit den iranisch-amerikanischen Beziehungen verbunden. Einer Normalisierung dieser Beziehungen stehen enorme psychologische, politische und ideologische Hemmnisse auf beiden Seiten entgegen. Der Anti Amerikanismus der iranischen islamistischen Machtelite ist ideologisch bedingt. Seit der iranischen Revolution 1979 gelten die USA als Verkörperung des Weltimperialismus, als Hauptursache allen politischen Übels für die Muslime und als Todfeind der Islamischen Republik Iran. Diese Wahrnehmung wurde maßgeblich durch Khomeinis Weltanschauung beeinflusst, die ausgeprägt manichäische Züge aufweist: Für Khomeini teilte sich die Welt in zwei widerstreitende Lager, in die Anhänger Gottes und die Anhänger Satans. Der revolutionäre Iran verkörperte dementsprechend als Avantgarde eines wahren Islam das Gute, während die in viele Staaten und Gruppen untergliederten Feinde des Iran das Böse verkörperten und angeführt wurden vom „Großen Satan“ (Amerika), gefolgt vom „Kleinen Satan“ (Israel). Angelehnt an diese Weltansicht verurteilt die iranische Führung seit 1979 auch proamerikanische Regime im arabischen Raum. Die Fronten zwischen den USA und Iran verhärteten sich derart, dass jede Seite schwer umsetzbare Bedingungen stellt, die einer Wiederaufnahme des politischen Dialogs vorausgehen müssen. Dem Anti Amerikanismus der Führungselite entspricht auf Seiten der Bevölkerungsmehrheit kein tief verwurzelter, kulturell oder ideologisch begründeter Anti Amerikanismus. Ein Wiederaufleben des militanten offiziellen Anti Amerikanismus der 1980er Jahre ist gegenwärtig auszuschließen, weil der seit 1997 in Gang gekommene Reformprozess – trotz aller Rückschläge und Verzögerungen – die Dialogbereitschaft der Revolutionsführung und einen pragmatischeren Kurs förderte. Selbst die Diskussion einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA ist nicht mehr tabuisiert. Anti Amerikanische Affekte sind seither auch kein probates Mittel mehr, um die Masse der Bevölkerung zu mobilisieren. Die radikalen Anti Amerikanismusverfechter sind eine Minderheit geworden. Ideologische Dogmen sind bei der Führungselite stärker in den Hintergrund getreten, wenngleich sie durch politische Maßnahmen der USA gegen das Regime und seine nationalen Interessen reaktivierbar sind. Seit 1997 wird durchaus differenziert zwischen den USA/Israel und anderen westlichen Staaten. Die städtische Bevölkerung und insbesondere die Bil-

dungselite ist amerikanischen/westlichen Produkten und Kultur gegenüber aufgeschlossen. Die kulturelle Verwestlichung und die Annahme von westlichen Konsumgewohnheiten breitet sich in den Städten aus.

Pakistan

Die pakistanische Führung kennzeichnet seit der Unabhängigkeit des Staates 1947 bis heute eine proamerikanische Grundtendenz (Verteidigungshilfeabkommen, Sicherheitsabkommen), die durch weitreichende Militär- und Wirtschaftshilfe der USA gestützt wird. Die Gründe für zunehmenden Anti Amerikanismus außerhalb der Regierungskreise liegen in den politischen Maßnahmen der USA, dem starken Einfluss liberaler und linker Ideologien und der Re-Islamisierung des Landes seit 1977. Hauptträger des Anti Amerikanismus in Pakistan sind dementsprechend nationalistische und antiindische Teile der militärischen und zivilbürokratischen Elite, islamistische Gruppen (darunter religiöse Milizen aus ehemaligen Afghanistankämpfern, die ein ideologisch bedingter Hass auf die USA und die „westliche Welt“ eint, der ihnen als Rechtfertigung für Angriffe auf entsprechende Ziele dient), linke Gruppen sowie lokale/ethnische Milizen und andere islamistische Gruppen (Deobandi, Tablighi), die aus sittlich-moralischen Gründen die USA und westliche Lebensweise ablehnen. Islamistische Gruppen, sowohl militanten Zuschnitts als auch religiös-puristischer Natur, sind besonders seit dem Ende des Kalten Kriegs zu einem aktiven anti Amerikanischen Akteur in Pakistan geworden. Terroranschläge auf amerikanische Einrichtungen und Personen werden fast ausschließlich islamistischen Milizen zugeschrieben. Anti Amerikanische und antiwestlich eingestellte Kräfte verfügen in Pakistan auch über Beziehungen zum Militär. Der Anti Amerikanismus als politische Artikulationsform ist in Pakistan fest verwurzelt. Die enge Verbindung zwischen den Militärregimen Pakistans und den USA führte zu einer Verknüpfung oppositioneller demokratischer und islamistischer Bewegungen gegen die Militärherrschaft, die den Anti Amerikanismus instrumentalisieren. Die anti Amerikanischen Ausdrucksformen umfassen in Pakistan ein breites Spektrum, das von öffentlichen Debatten über gewaltfreie politischen Aktionen bis hin zu Terrorakten und geplanten militärischen Aktionen reicht. Einen Bedrohungsfaktor besonderer Art bildet der Umstand, dass sich radikale islamistische Gruppen in einer Krisensituation Zugang zu pakistanischem Nuklearpotential verschaffen könnten. In der pakistanischen Elite und weiten Teilen der Bevölkerung wird die amerikanische Lebensweise und Kultur, das Wirtschafts- und Technikpotential und die Aufstiegschancen in den USA bewundert. In der Regel unterscheiden die politischen Akteure zwischen den USA und anderen europäischen Staaten.

Afrika südlich der Sahara

Wegen der fehlenden direkten amerikanischen Interessenpolitik in Afrika südlich der Sahara hat sowohl der maßnahmenbedingte als auch der instrumentalisierte Anti Amerikanismus keine tragfähige Basis. Revolutionäre Bewegungen in Afrika südlich der Sahara richteten sich stets gegen die jeweiligen Kolonialmächte oder gegen interne Gegner. Die zum Teil ausgesprochen anti amerikanische Rhetorik führender Persönlichkeiten des nachkolonialen Afrikas wie von Nkrumah, Touré, Mengistu Haile Mariam oder Nyerere, stand in den meisten Fällen im Kontext des Kalten Kriegs und war nicht Ausdruck eines inhärenten Anti Amerikanismus. Im Kontext des westlichen Diskurses über die neue Weltordnung gewann in den letzten zehn bis zwölf Jahren der ideologische Anti Amerikanismus in Afrika südlich der Sahara an Bedeutung. In den 1990er Jahren übernahmen spezifische Ausprägungen von Nationalismus, die den Anti Amerikanismus für innenpolitische Zwecke instrumentalisieren (Zimbabwe), und der Islamismus die Trägerschaft für anti amerikanischen Einstellungen. Die konkreten Konsequenzen des wachsenden Mobilisierungspotentials radikaler islamistischer Ideologie sind schwer zu bestimmen, sie dürften jedoch mittelfristig die größte Herausforderung für die amerikanischen Bemühungen sein, Zustimmung in Afrika südlich der Sahara für die amerikanische Außen- und Wirtschaftspolitik zu finden. In den meisten Fällen geht jedoch der Anti Amerikanismus der islamistischen Gruppen bislang nicht über die Rhetorik hinaus (Ausnahmen z.B. in Äthiopien, Eritrea, Somalia).

Ostafrika: In Kenia und Tansania, wo 1998 al-Qa'ida Terroranschläge durchführte, lehnt die Mehrheit der Muslime Terrorismus ab. Für Muslime Ostafrikas symbolisiert Ibn Ladin lediglich den „mutigen Widerstand“ gegen die weltweite politische und ökonomische Dominanz der USA. Sympathie für die Taten besteht nicht. Insofern hatte der 11. September 2001 und der anschließende „Krieg gegen den Terror“ unter ostafrikanischen Muslimen keinen mobilisierenden Effekt zugunsten von al-Qa'ida. Den ideologischen Anti Amerikanismus haben die Folgen des 11. September jedoch gestärkt. Die Distanz zum militanten Anti Amerikanismus blieb jedoch bestehen. Bisher artikuliert sich der Anti Amerikanismus der breiten Masse der muslimischen Bevölkerung primär im Zusammenhang mit konkreten politischen Maßnahmen der USA (u.a. in Bezug auf Israel-Palästina, den „Krieg gegen den Terror“, den Irak). Dem punktuellen, ereignisbezogenen und durch politische Maßnahmen der USA begründeten Anti Amerikanismus steht die offensichtliche Tendenz des kulturellen Amerikanismus (Kleidung, Filme, Musik, Nahrungsmittel, Getränke) bei den jugendlichen Muslimen in Ostafrika gegenüber. Eine Unterscheidung wird zwischen US-Politik und der Politik anderer westlicher Staaten gemacht.

Südostasien

Indonesien: Als eine Folge politischer Maßnahmen seitens der USA und europäischer Staaten in den 1990er Jahren, die ihre Kapitalhilfe verstärkt an Bedingungen knüpften, entwickelte sich eine antiwestliche Stimmung, die verbreitet, aber nicht vorherrschend ist. Insbesondere Islamisten greifen die Themen Nahostkonflikt/einseitige Unterstützung Israels durch die USA, Afghanistankrieg, Irakkrieg auf und kritisieren die „westliche“ Doppelmoral in Bezug auf die Menschenrechtspolitik. Zwei Hauptträger antiamerikanischer und antiwestlicher Positionen sind in Indonesien politisch aktiv: zum einen säkular und nationalistisch orientierte Parteien, die gegen ausländische Einmischung und wirtschaftliche Inbesitznahme von indonesischen Unternehmen sind; zum anderen islamistische Gruppen, die am offensichtlichsten ideologisch bedingt antiwestlich und antiamerikanisch orientiert und z.T. gewaltbereit sind. Die gewaltbereiten Islamisten wie *Lasker Jihad*, *Front Pembela Islam*, *Jemaah Islamiyah* wenden sich gegen eine Verwestlichung der Gesellschaft, westliches Denken und westliche Moralvorstellungen. Sie gehen gegen indonesische Anhänger einer verwestlichten Lebensweise vor (Anschläge auf Bars, Discotheken usw.); die *Jemaah Islamiyah*, die Verbindungen zu al-Qa'ida hat, agiert gegen Nichtmuslime und Repräsentanten „des Westens“. Die militanten islamistischen Organisationen mit internationalen Verbindungen und Beziehungen zu Teilen des Militärs sind geneigt, wenn sich die Gelegenheit bietet, Antiamerikanismus zu politischen Zwecken zu instrumentalisieren, um so gegen das eigene Regime zu mobilisieren. In den Reihen prodemokratischer Oppositionsgruppen ist die Amerikakritik u.a. an der amerikanischen Außenpolitik und die Kritik an der westlichen Dominanz des Weltwirtschaftssystems prägend; sie treten jedoch nicht militant auf. Militante indonesische Islamisten forderten nach dem 11. September 2001 und dem Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA und den Boykott amerikanischer Unternehmen, ohne indessen die Massen hinter sich sammeln zu können. Zwischen den USA und anderen westlichen Staaten wird in der Regel unterschieden; lediglich die Islamisten beziehen in ihre antiamerikanische/antiwestliche Position USA und Europa ein, weil Europa dem jüdisch-christlichen Kulturkreis angehört.

Malaysia: Die seit Anfang der 1980er Jahre von Premierminister Mahathir Mohamad propagierte Malaiisierung und Islamisierung (modernistischer Islam) des Landes war seither stets auch amerikakritisch und z.T. antiamerikanisch ausgerichtet. Dieser säkulare malaiische Nationalismus wendet sich nämlich gegen den amerikanischen „Neoimperialismus“ und bekennt sich zu „asiatischen Werten“ sowie einer modernen, teilweise jedoch durchaus antisemitischen, Islaminterpretation. Die Islamisten, die 1999 rund die Hälfte der malaiischen Wähler für sich gewinnen konnten, grenzen sich in ihrem Diskurs vom „Westen“, seinem Lebensstil und dem

westlichen Staats- und Gesellschaftsmodell ab; der Hauptbezugspunkt sind jedoch die USA. Eine dritte Gruppe, die liberal ausgerichteten Parteien und Nichtregierungsorganisationen, ist amerikakritisch. In Malaysia wird die US-Politik seit dem 11. September 2001 von Islamisten wie auch von säkularen Nationalisten als „Politik zur Domestizierung von Staaten“ kritisiert.

Teil III : Nordafrika, Nah- und Mittelost zwischen Antiamerikanismus, Amerikakritik und Amerikanismus

Sigrid Faath/Hanspeter Mattes

Aus: Sigrid Faath (Hrsg.): Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Formen, Dimensionen und Folgen für Europa und Deutschland, Hamburg 2003, 372 S., hier: S. 327-353; englische Ausgabe: „Anti-Americanism in the Islamic World“, London: Hurst & Company, 2006

1. Antiamerikanismus – ein globales Phänomen

Auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos (23.-28. Januar 2003) wurde neben den Gefahren, die von der Globalisierung von Konflikten vor allem für die Rohstoffsicherung ausgehen können, auf einen weiteren bedrohenden Faktor hingewiesen, der sich auf dem „Weg der Globalisierung“ befände: das wachsende antiamerikanische Ressentiment vor allem in sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen.²¹

Um nicht nur medienwirksam, sondern wissenschaftlich abgesichert von einem tatsächlich wachsenden antiamerikanischen Ressentiment sprechen zu können, das sich gegenwärtig in einem Prozess der weltweiten Ausdehnung befindet, müssten vergleichende Studien herangezogen und auf ähnliche Untersuchungen für die 1970er oder 1980er Jahre zurückgegriffen werden können. Solche aktuellen Studien liegen nicht vor. Was jedoch vorliegt sind Untersuchungen aus den 1980er Jahren, die Antiamerikanismus in Lateinamerika, Afrika und Asien nachgingen

²¹ Vgl. Le Monde, Paris, 4.2.2003 (Une nouvelle carte des conflits).

und damals bereits eine „wachsende Antipathie“ gegen die USA feststellten.²² Diese Untersuchungen belegen die Existenz antiamerikanischer Ressentiments in Dritte-Welt-Staaten, die sich nach der Dekolonisation ausweiteten.

Die neuen Eliten dieser jungen unabhängigen Staaten brachten den USA zunehmend Misstrauen oder sogar Feindschaft entgegen. In den europäischen Staaten wiederum hatten sich nach dem Zweiten Weltkrieg antiamerikanische Ressentiments nicht gelegt, sondern wirkten in unterschiedlicher Intensität und einem unterschiedlichen Verbreitungsgrad weiterhin fort. Mit anderen Worten, *global* waren antiamerikanische Ressentiments spätestens in den 1960er Jahren. Die Informations- und Kommunikationsrevolution erleichterte jedoch in den 1990er Jahren die Wahrnehmung des Phänomens. Für viele Träger antiamerikanischer Ressentiments eröffnete sie die Möglichkeit, einer breiteren Öffentlichkeit gegenüberzutreten und sich mit Gleichgesinnten auszutauschen.²³ International agierende Gruppen profitieren von den neuen Kommunikationstechnologien für die Koordinierung ihrer Aktivitäten. Die „Sichtbarkeit“ antiamerikanischen Ressentiments erhöhte sich seither signifikant. Einzelne spektakuläre Akte des antiamerikanischen Terrorismus wie die Anschläge auf amerikanische Ziele in Kenia und Tansania 1998 und die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington durch das international agierende islamistische terroristische Netzwerk al-Qa'ida rückten die letzten Jahre den globalen Aspekt des Antiamerikanismus stärker als zuvor in den Mittelpunkt.

Antiamerikanische Ressentiments waren jedoch bereits zuvor ein weltweites Phänomen, das immer wieder auch Gewaltakte gegen amerikanische Bürger und Einrichtungen einschloss und zu keinem Zeitpunkt ausschließlich auf den nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Raum beschränkt war.

Diverse Umfragen aus den Jahren 2002 und 2003, darunter die Umfrage des *Pew Research Center for the People and the Press* vom April/Mai 2003,²⁴ belegen zudem, dass gegenüber 1999/2000 die positive Einstellung zu den USA *weltweit* abnahm. In Staaten mit überwiegend islamischer Bevölkerung ist allerdings der stärkste Rückgang zu verzeichnen. Eine Korrelation zwischen dem Rückgang positiver Einstellungen und dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen in den Irak am 20. März 2003, mit dem der weltweit umstrittene, weil ohne UNO-Mandat erfolgte Krieg begann ist offensichtlich.

²² Vgl. Rubinstein, Alvin Z./Smith, Donald B. Hrsg.: *Anti-Americanism in the Third World. Implications for U.S. foreign policy*, New York 1985 und den einführenden Beitrag zur vorliegenden Studie von Sigrid Faath (Antiamerikanismus: ein problematischer Untersuchungsgegenstand).

²³ Vgl. u.a. den Artikel der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt a.M., 5.2.2003 (Das Imperium und wir).

²⁴ Vgl. die Ausführungen im einführenden Beitrag der Studie.

Wird diese dominierende negative Einstellung zu den USA in stark islamisch geprägten Staaten pauschal als „Antiamerikanismus“ übersetzt und zugleich in Betracht gezogen, dass in den letzten Jahren antiamerikanischer Terrorismus verstärkt in den nahöstlichen und mittelöstlichen Staaten auftrat oder weltweit von Individuen und Gruppen ausgeführt wurde, die aus den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens stammen, dann liegt die Vermutung nahe, dass diese Staaten und ihre Gesellschaften von einem militanten und terroristischen, ideologisch bedingten Antiamerikanismus geprägt sind, der einer *unvermeidlichen* und den Bevölkerungen dieser Staaten *inhärenten* „Ablehnung“ oder „Feindschaft“ entspringt.

Die länderspezifischen Untersuchungen der vorliegenden Studie kommen indes zu einem anderen, differenzierteren Ergebnis. Das Potential des extremistischen islamistischen Einflusses und seiner antiamerikanischen, antiwestlichen Rhetorik sollte dennoch nicht unterschätzt werden:

- Der islamistische Extremismus hat nach wie vor ein begünstigendes sozioökonomisches Umfeld, das ihm personellen Nachschub sichert.
- Terroristische Gewalt gegen amerikanische und sonstige westliche Ziele lässt sich auch künftig nicht ausschließen.
- Von islamistischen Extremisten geht weiterhin eine Gefahr für die innenpolitische Stabilität in einigen Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens aus.
- Islamistische Extremisten werden fortfahren, Druck auf die Staatsführungen auszuüben, mit dem Ziel proamerikanische/prowestliche Politik oder die „Verwestlichung“ (Modernisierung) der Gesellschaften zu stoppen.

Die „Prophezeiung“ von Herbert J. Spiro aus dem Jahr 1988 schien bereits Ende der 1980er Jahre sehr gewagt und scheint 2003 ferner denn je zu sein, obwohl oder gerade weil die amerikanische Außenpolitik unter Präsident Bush Jr. auf ihre Realisierung hinarbeitet. Spiro: „For the twenty-first century, I will venture to prophesy: in the future all the world will be America, and more so than it is now.“²⁵

Das 21. Jahrhundert steht zugegebenermaßen erst an seinem Anfang und Skepsis ist deswegen vielleicht verfrüht, verbleiben doch noch 97 Jahre, um Staaten und ihre Bevölkerungen für die Amerikanisierung zu gewinnen.

2. Ergebnisse der Studie

²⁵ Spiro ist amerikanischer Politikwissenschaftler, ehemaliges Mitglied des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium und Ex-Botschafter; vgl. Spiro, Herbert J.: Anti-Americanism in Western Europe, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Newbury Park u.a. 1988, Band 497, S. 132.

2.1. Antiamerikanismus und Amerikakritik: ein Unterschied mit Folgen

Der Untersuchung lag eine breit gefasste Arbeitsdefinition des Begriffs „Antiamerikanismus“ zugrunde. Antiamerikanismus wurde definiert als:

„ein Bündel von Gefühlen, Ansichten, Meinungen, Verhaltensweisen und Handlungen unterschiedlicher Ausprägung und Erscheinungsformen, die in variabler Intensität eine – Wandel unterworfenen und veränderbaren – negativen oder ablehnenden Haltung zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der USA als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Akteur zum Ausdruck bringen“.²⁶

Diese breit gefasste Definition sollte für die Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens eine länderspezifisch umfassende Faktensammlung zu politisch und gesellschaftlich relevanten negativen oder ablehnenden Einstellungen und Handlungen ermöglichen, die sich auf die USA als Akteur im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich beziehen.

Die Analyse der Ursachen und Auslöser von Antiamerikanismus, seiner Träger in Nordafrika, Nah- und Mittelost und deren politisch-ideologische Verortung und die daraus abgeleitete Haltung zu den USA sollte in einem zweiten Analyseschritt auf länderspezifischer Ebene zu einer Differenzierung des Begriffs „Antiamerikanismus“ führen.

Die Einzelstudien verdeutlichen, dass es sinnvoll ist, eine Unterscheidung in *Amerikakritik* auf der einen und *Antiamerikanismus* auf der anderen Seite einzuführen.

Bei *Amerikakritik*²⁷ handelt es sich um eine auf rationale Ursachen und Argumente rückführbare „Kritik“. Kritik wird hier verstanden als Ausdruck einer Nichtübereinstimmung, Nichtbefürwortung oder Ablehnung von politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Maßnahmen der US-Administration.

²⁶ Vgl. zur Definitionsproblematik den Einleitungsbeitrag *Antiamerikanismus: ein problematischer Untersuchungsgegenstand*, S. 5 ff.

²⁷ Moises Naim, Herausgeber der Zeitschrift *Foreign Policy* (Washington D.C.), bezeichnete einen Antiamerikanismus, der keine Gewaltkomponente besitzt, hauptsächlich in den Medien praktiziert wird und sich in Protestdemonstrationen ausdrückt, als „anti-Americanism light“. Diesem „anti-Americanism light“ stellt Naim den „murderous anti-Americanism“ gegenüber, dessen Vertreter bereit sind, Gewalt anzuwenden (vgl. *Financial Times*, London, 24.2.2003: *Anti-Americanism's nasty task*). Diese Unterscheidung greift insofern zu kurz, als es eine Variante des Antiamerikanismus gibt, deren Vertreter zwar in ihren Herkunftsstaaten eine gewaltfreie Strategie umsetzen und sich mittels sozialer Basisarbeit der Ausbreitung des Islamismus widmen, die jedoch Gewaltakte anderer Gruppen (Arbeitsteilung) rechtfertigen und rhetorisch in der Regel in Predigten und in den Medien einen militanten Antiamerikanismus verfechten.

In den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens werden einzelne Maßnahmen und Konzepte und/oder das politische Verhalten (Auftreten) der USA in dem genannten Wortsinn „kritisiert“, d.h. „getadelt“ und/oder abgelehnt. Diese Kritik beschränkt sich auf konkrete Aspekte, sie ist politik- und maßnahmenbedingt. Amerikakritik ist in allen Staaten des Raumes weit verbreitet und kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt als „verallgemeinert“ bezeichnet werden. Amerikakritik ist somit auch in jenen Staaten verbreitet, in denen sowohl die islamistische Bewegung als auch religiöse Traditionalisten und Fundamentalisten geringen gesellschaftlichen Einfluss haben (wie z.B. in Libyen und Tunesien).

Amerikakritik differenziert zwischen den USA als politischer Akteur, dem Land und seinen Bewohnern. Wird Amerikakritik von Anti Amerikanismus unterschieden, kann der Begriff Anti Amerikanismus reserviert werden für eine Haltung zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der USA, die über konkrete Kritik an der US-Administration weit hinausgeht und *pauschal* das politische und gesellschaftliche System, für das die USA stehen, aus *ideologischen Gründen* ablehnt und es bekämpfen will. Dieser Anti Amerikanismus ist militant, befürwortet Gewalt, wenngleich sich einige seiner Vertreter auf eine virulente Rhetorik beschränken. Sie liefern jedoch die Rechtfertigungsgrundlage für die gewaltbereiten und terroristischen anti amerikanisch eingestellten Gruppen oder stacheln konkret zu Gewalt an.

Die Vertreter dieses Anti Amerikanismus sind gegen eine „Amerikanisierung“ ihrer Gesellschaften bzw. versuchen, mit ihrer Rhetorik oder ihren Aktionen eine „Unterlassung der Amerikanisierung“ („Verwestlichung“) von Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie verbinden die „politische Ebene“ der Amerikakritik und der anti amerikanische Positionen in Bezug auf spezifische politische Maßnahmen und das politische System mit der „kulturellen Ebene“ der Zurückweisung von Amerikanisierung (anti westliche Positionen; Ablehnung der westlichen Gesellschaftsordnung, westlicher Werte und gesellschaftsprägender Normen).

Die Unterscheidung in Amerikakritik und Anti Amerikanismus bzw. von Potential für Amerikakritik und Anti Amerikanismus ist von Bedeutung, weil konkrete, rational begründbare Kritik/Ablehnung Ansatzpunkte für einen Abbau dieser Einstellungen enthält – vorausgesetzt natürlich, der „Auslöser“ von Amerikakritik, die US-Administration, hätte dazu den politischen Willen. Bei Amerikakritik, nicht jedoch bei Anti Amerikanismus, ist eine kooperative Grundtendenz vorhanden. Ideologisch bedingter Anti Amerikanismus ist dagegen von Außen durch politisches Handeln nicht beeinflussbar, weil ihm weltanschauliche Konzepte zugrunde liegen, die nur von Innen heraus Veränderung erfahren können.

Säkulare Ideologien sind – wie die Länderanalysen aufzeigen – in Nordafrika, Nah- und Mittelost weniger widerstandsfähig gegen Veränderungen gewesen, als

die aus einem religiösen Glaubenssystem entwickelte Ideologie des Islamismus, wo System- und Glaubenskampf ineinander greifen und die anti amerikanische/anti westliche Position ein konstituierendes Element des ideologischen Systems ist. Die negative Beurteilung einzelner politischer Maßnahmen der US-Administration, also Amerikakritik auf der Basis rationaler Argumente, wird auch von den Islamisten praktiziert; für sie ist Amerikakritik jedoch eine zusätzliche Argumentationsschiene, mit der ein breiteres Publikum angesprochen werden soll. Amerikakritik ist für sie kein konstituierendes Element ihrer Ideologie wie der Anti amerikanismus.

2.2. Ursachen und Träger der Amerikakritik und des Anti amerikanismus

Die Staatsführungen

Die Amerikakritik von Staatsführungen und Bevölkerungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost wurde stets durch außenpolitische Maßnahmen der USA gegenüber den Staaten des Raumes, sowie durch das amerikanische Verhalten im Nahostkonflikt und gegenüber Israel ausgelöst. Amerikakritik ist immer auch Reaktion auf unilaterales, expansives oder interventionistisches Verhalten der USA gewesen.

Ein teils *rhetorisch virulenter Anti amerikanismus* nordafrikanischer, nah- und mittelöstlicher *säkular orientierter* Staatsführungen stand seit den 1950er Jahren bis in die 1980er Jahre in engem Zusammenhang mit der nationalen Selbstbefreiung, dem Dekolonisationsprozess und der Suche nach einer Positionierung des eigenen Landes außerhalb des Ost-West-Gegensatzes und der Blocklogik; er ist nicht vergleichbar mit dem Anti amerikanismus islamistischer Gruppen. Die Amerikakritik dieser Staatsführungen verdichtete sich allerdings und überlebte die nationalstaatliche Konsolidierungsphase der unabhängigen Staaten, weil die amerikanischen Reaktionen auf die nationalen Selbstbefreiungsschritte und Selbstbestimmungsambitionen, die sich auch im wirtschaftlichen Bereich ausdrückten (z.B. Nationalisierung der Erdölfirmen), amerikanische *Gegnerschaft* und *Feindschaft* auslösten (Feindbildaufbau auf amerikanischer Seite). Diese Gegnerschaft verschärfte sich, als einige Staaten in Nordafrika und Nahost ein sozialistisches Staats- und Wirtschaftsmodell umsetzten (wie Ägypten unter Nasser, Algerien, Libyen nach 1969, Syrien, Irak), sich also dem ideologischen „Hauptfeind“ der USA, der Sowjetunion annäherten.

Es gab jedoch stets Zeitpunkte, die den Aufbau kooperativer Beziehungen zwischen den USA und den primär an nationaler Selbstbestimmung und der Sicherung nationaler Souveränität interessierten Staatsführungen ermöglicht hätten. Die säkularen Ideologien waren Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Unter bestimmten

innen- und außenpolitischen Bedingungen zeigten sich die Staatsführungen aus politischem Pragmatismus heraus durchaus bereit, rigide Positionen zu modifizieren. Diese Flexibilität war möglich, weil Antiamerikanismus für sie nicht ideologiekonstituierend war und ihre Position gegenüber den USA hauptsächlich durch Amerikakritik bestimmt war. Der Irak ist hierfür ein Beispiel. 1984 nahm die irakische Führung unter Saddam Husain sogar diplomatische Beziehungen zu den USA auf und vergaß den virulenten rhetorischen Antiamerikanismus der Vorjahre. Nationale Interessen auf beiden Seiten bestimmten diese Annäherung an den ehemaligen Gegner; die Kooperation sollte sich gegen einen gemeinsamen Feind, die im Februar 1979 gegründete Islamische Republik Iran, richten. Der staatliche irakische Antiamerikanismus wurde erst 1990/1991 revitalisiert, als die USA die irakische Besetzung Kuwaits nicht hinnahmen und sie militärisch (zweiter Golfkrieg) beendeten.

Staaten, die einen offiziellen ideologischen Antiamerikanismus pflegten, waren eher (pragmatischen) Positionsänderungen zugeneigt, wenn sie lediglich einer säkularen Ideologie verhaftet waren (Ägypten unter Sadat seit 1970; Algerien seit den 1980er Jahren; Libyen seit Mitte der 1990er Jahre). Eine Annäherung zwischen den USA und Syrien wird allerdings durch die direkten Rückwirkungen des Nahostkonflikts erschwert, so dass die kooperativeren Ansätze Syriens gegenüber den USA 1990/1991 (Unterstützung der Anti-Irak-Koalition im zweiten Golfkrieg) stockten, weil u.a. die syrische und amerikanische Position zur islamistischen libanesischen Hizbullah oder zu Hamas unversöhnlich ist (USA: terroristische Organisationen; Syrien: gegen israelische Besatzung Widerstand leistende Organisationen) und die syrische Führung dem amerikanischen Wunsch nicht nachkam, im Rahmen des internationalen Antiterrorkampfes gegen diese Organisationen vorzugehen. Der amerikakritische Diskurs der syrischen Baath-Partei wird durch diese Kontroversen und die amerikanische Haltung im Nahostkonflikt am Leben gehalten.

Im Unterschied zu säkular orientierten Staaten mit ideologisch bedingter amerikakritischer und phasenweise antiamerikanischer Tradition ist in Iran seit der Islamischen Revolution von 1979 Amerikakritik in dem sich religiös definierenden politischen System eng mit einer virulenten antiamerikanischen Rhetorik verbunden, die durch den geistlichen Führer der Revolution, Ayatollah Khomeini, geprägt wurde und Gewaltakte gegen amerikanische Ziele (Botschaftsbesetzung und Geiselnahme; Tötung von US-Bürgern) einschloss. Der Antiamerikanismus der iranischen Revolutionsführung hatte von Beginn an eine ausgeprägt antiwestliche Dimension. In den 1990er Jahren traten in Iran ebenfalls Veränderungen ein. Eine Entdogmatisierung milderte zwar nicht die Amerikakritik an sich, hatte aber deut-

liche Auswirkungen auf den offiziell propagierten Anti Amerikanismus der Staats- und Revolutionsführung.

In ähnlicher Weise veränderte sich Ende der 1990er Jahre der offizielle ideologisch bedingte Anti Amerikanismus der seit 1989 im Sudan amtierenden islamistischen Staatsführung. Die Virulenz des Diskurses hing im Sudan stets von einzelnen politischen Maßnahmen der USA ab, die für den Sudan oder die Region als negativ eingestuft wurden. Die innersudanesischen Führungskämpfe um die Macht zwischen der islamistischen Militärführung und den islamistischem Hardlinern um ihren Vordenker Hasan al-Turabi endeten zugunsten der pragmatisch orientierten Staats-/Militärführung. Der ideologisch bedingte Anti Amerikanismus wurde zurückgenommen zugunsten eines kooperativeren Verhältnisses zu den USA. Die internationale Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 wird von der sudanesischen Führung unterstützt. Die sudanesische Politik zielt auf Systemerhalt und die Reduzierung von Angriffsflächen für eine interventionistische Politik der USA. Weil die ideologisch bedingte anti amerikanische Rhetorik im Sudan eine lange Tradition hat (die starke sudanesische Linke war in ihrer Rhetorik anti amerikanisch), die von den Islamisten – die auch den anti imperialistischen Diskurs der Linken übernahmen – fortgesetzt wurde, ist der virulent anti amerikanische Diskurs unterhalb der Ebene der Staatsführung bei den politischen und gesellschaftlichen Organisationen erhalten geblieben; das Gewaltpotential des sudanesischen Anti Amerikanismus ist jedoch als gering einzustufen.

In den Staaten mit prowestlicher Orientierung nach der Unabhängigkeit und damit einhergehend relativ spannungsfreien Beziehungen zu den USA (Marokko, Tunesien, Ägypten ab 1970, Jordanien, die Staaten der Arabischen Halbinsel, Pakistan) war Amerikakritik trotz der offiziellen Kooperation stets vorhanden. Zwar wurde sie weniger oder diskreter/diplomatischer auf offizieller staatlicher Ebene geäußert, in der Bevölkerung und den politischen Organisationen der Länder war und ist sie ein konstanter Faktor. Das Verhalten der USA im Nahostkonflikt und gegenüber Israel ist ein permanenter Auslöser und Verstärker für Amerikakritik, die nach der Stagnation des Friedensprozesses und dem Beginn der zweiten palästinensischen Intifada im September 2000 zunahm. Seit den 1990er Jahren haben die offensive, interventionistischere US-Außenpolitik, die „Doppelstandards“ in der Frage des Besitzes von Massenvernichtungswaffen (Israel: Ja, Irak: Nein), die zunehmende Marginalisierung der UNO, die den USA angelastet wird, und schließlich der ohne UNO-Mandat ausgeführte Krieg gegen den Irak auch die Amerikakritik der Staatsführungen in diesen traditionell mit den USA kooperierenden Staaten lauter und prägnanter werden lassen: Diese Entwicklung verlief parallel zum Anstieg der Amerikakritik *und* des Anti Amerikanismus in den Bevölkerungen *aller* Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens.

Gesellschaftliche Gruppen

Amerikakritik ist in allen Bevölkerungsschichten und in allen politischen und gesellschaftlichen Organisationen vertreten; Amerikakritik stellt unabhängig von der politischen und religiösen Orientierung dieselben Aspekte in den Mittelpunkt der Kritik.

Die politischen Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Vereinigungen sind je nach politischer Orientierung amerikakritisch oder einem rhetorischen Antiamerikanismus verhaftet. Unter den religiösen Gelehrten sind in Staaten mit einer starken fundamentalistischen Tradition und einer starken islamistischen Bewegung wie Ägypten oder den Golfstaaten zahlreiche Vertreter eines rhetorisch virulenten Antiamerikanismus anzutreffen; ihr Diskurs ähnelt dem der Islamisten und hat ausgeprägt antiwestliche Züge.

Die jeweils spezifische politische Situation der Bevölkerung wirkt sich – wie das Beispiel der Palästinenser in den Palästinensischen Autonomiegebieten zeigt – auf den Stellenwert von Amerikakritik und Antiamerikanismus unabhängig von der politisch-ideologischen Ausrichtung aus. Im Vordergrund steht bei der Bevölkerung der Palästinensischen Autonomiegebiete und den palästinensischen Organisationen wegen der als einseitig wahrgenommenen Politik der USA zugunsten Israels die (maßnahmenbedingte) Amerikakritik.²⁸ Ein ideologisch bedingter Antiamerikanismus, der allerdings zwischen den USA/Israel und anderen westlichen Staaten unterscheidet, wird von den radikalen islamistischen Organisationen vertreten, die wie alle islamistischen Gruppen eine antiwestliche Position vertreten. Bei allen Gruppen – ob islamistisch oder säkular orientiert – ist jedoch die *antiisraelische* Orientierung dominierend und aktionsbestimmend und es sind *keine* Anzeichen für einen militanten Antiamerikanismus zu erkennen.

Während die Staatsführungen gegenwärtig in allen Staaten (auch in Syrien und Iran) lediglich amerikakritisch sind, ist der rhetorisch virulente und der gewaltbereite Antiamerikanismus zum zentralen Aktionsfeld der Islamisten geworden, die je nach Strategiewahl der Organisation oder Gruppe (gewaltfrei/gewaltsam, terroristisch) Gewaltbereitschaft nähren und ihr den Boden bereiten (Diskurs, Rechtfertigung von Gewalt; Argumente für Gewaltakte) oder Gewalt umsetzen.

Nicht als eigentliche Ursache, sondern als *Verstärker von Antiamerikanismus*, wirkt die antiwestliche Komponente der islamistischen Ideologie, insofern für die

²⁸ Selbst in der palästinensischen Hamas wird zwischen Amerikakritik wegen der amerikanischen Nahostpolitik und dem „eigentlichen Gegner“ (Israel) unterschieden. Der Leiter des politischen Büros der Hamas betonte, dass der Kampf der Hamas gegen die „zionistische Besetzung“ (Palästinas) und „nicht gegen die amerikanische Administration“ gerichtet sei, obwohl die Hamas die amerikanische Unterstützung für „das zionistische Gebilde“ verurteile (L'Orient-le Jour, Beirut, 13.12.1999: Le Hamas).

islamistische Bewegung die USA das Symbol für den Westen, das abgelehnte westliche Staats- und Gesellschaftsmodell und die westliche „Dekadenz“ und „Unmoral“ sind. Antiamerikanismus bedeutet im islamistischen Kontext deswegen stets auch antiwestliche Orientierung und vice versa. Die islamistische Ideologie ist ein Gegenmodell zu den von den säkularen Eliten nach der Unabhängigkeit ihrer Staaten angestrebten und umgesetzten säkularen Staats- und Gesellschaftsmodelle kapitalistischer oder sozialistischer Prägung. „Unislamische“ Modelle der Staats- und Gesellschaftsorganisation werden von islamischen Traditionalisten und Islamisten als Versuch der „Verwestlichung“ abgelehnt.

Zusätzlich zu den ideologieinhärenten antiamerikanischen/antiwestlichen Positionen verstärkten dieselben Handlungen und Verhaltensweisen der USA, die den ideologisch bedingten virulenten rhetorischen Antiamerikanismus einiger Staatsführungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost unmittelbar nach der Unabhängigkeit gefördert hatten, den ideologisch bedingten Antiamerikanismus und die antiwestlichen Positionen der Islamisten. Die Bereitschaft zur Umsetzung antiamerikanischer Gewaltaktionen bzw. von antiamerikanischem Terrorismus ist in den 1990er Jahren unter islamistischen Gruppen gestiegen; eine Korrelation zwischen dieser Multiplikation von autonom agierenden islamistischen Gruppen mit generell hoher Gewaltbereitschaft zur Oktroyierung ihrer „Ideale“ in den eigenen Gesellschaften und der Zunahme von antiamerikanischer Gewalt, die sich staatlicher Kontrolle durch Internationalisierung (wie bei al-Qa'ida) zu entziehen sucht, ist feststellbar.

Die islamistische Bewegung ist in zahlreichen Staaten des Raumes an der gesellschaftlichen Basis einflussreich; sie ist bemüht, die Weltsicht der Bevölkerung zu beeinflussen, indem sie mobilisierende Themen aufgreift, die ein breites politisches Spektrum und große Bevölkerungsteile emotional bewegen: Diese Themen kreisen um die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Staaten/des Raumes und um die Palästinafrage. Die Emotionalisierung der Wahrnehmung²⁹ in Nordafrika, Nah- und Mittelost wird von der islamistischen Bewegung und speziell auch

²⁹ Diese Emotionalisierung der Wahrnehmung wurde durch den verbesserten *Zugang* zu Informationen in Wort und Bild und durch die *Dauerhaftigkeit* und die Gewaltkomponenten der Konflikte sowie ihre Folgen für die Bevölkerung gefördert. Ein weiterer Faktor, die wachsenden innenpolitischen Probleme der Staaten, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, die auch in ihrer „Nord-Süd“-Dimension wahrgenommen wird, kommt verstärkend hinzu: Der fortschreitende wirtschaftliche Globalisierungsprozess und die negativen Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierungen schüren in breiten Kreisen der überwiegend jugendlichen Bevölkerungen Zukunftsängste und Hoffnungslosigkeit. Auf der Suche nach einem „Schuldigen“ werden neben ineffektiven und korrupten Staatsführungen die ungerechte internationale Welt(handels)ordnung, die von den USA/„dem Westen“ dominierten internationalen Finanzinstitutionen und Konzerne genannt.

Predigern,³⁰ die vor allem – aber nicht nur – in den ärmeren, weniger gebildeten und traditional geprägten Bevölkerungsschichten Ansehen und Einfluss genießen, ausgenutzt, um das islamistische Staats- und Gesellschaftsmodell zu fördern. Anti-amerikanischer/antiwestlicher Diskurs ist ein Mittel, dieses Ziel zu erreichen: Parolen und Aufrufe werden instrumentalisiert in der Absicht, die Lösungsvorschläge der Islamisten für die Probleme der Eigenständigkeit, der Vermeidung von Fremdherrschaft, der Bewahrung der eigenen Identität so plausibel darzustellen, dass sie als einzig möglicher Weg zum Schutz vor „dem Westen“ erscheinen.

Fazit

Die länderspezifischen Untersuchungen belegen, dass die amerikanische Außenpolitik bzw. die politischen Maßnahmen der USA für die verallgemeinerte amerikakritische Haltung der Staatsführungen und breiter Bevölkerungsschichten – unabhängig von ihrer politischen oder religiösen Orientierung – verantwortlich ist.³¹ Im Fall der ideologisch bedingt anti-amerikanisch/antiwestlich eingestellten Organisationen und Gruppen liefert die amerikanische Politik in Nordafrika, Nah- und Mittelost zusätzliche Argumente, die ihre Positionen unterstützen und die Plausibilität ihrer amerikakritischen und anti-amerikanischen Argumente für die Adressaten erhöhen.

2.3. Ausdrucksformen von Amerikakritik und Anti-amerikanismus

Die Ausdrucksform von Amerikakritik und Anti-amerikanismus hängt von mehreren Faktoren und Bedingungen in einem Land ab. Für die Wahl der Ausdrucksform und die Intensität der Ausdrucksweise ist entscheidend,

- ob in einem Staat Foren vorhanden sind, die Möglichkeiten zur Interessenartikulation bieten;
- ob staatlicherseits Amerikakritik oder Anti-amerikanismus gefördert oder unterbunden wird;
- ob und in welcher Form von staatlicher Seite der Ausdruck von Amerikakritik oder Anti-amerikanismus erlaubt wird;
- wie groß der gesellschaftliche Einfluss der Träger von Amerikakritik und Anti-amerikanismus ist;

³⁰ Wie z.B. der islamistische „Fernsehprediger“ Yusuf al-Qaradawi.

³¹ Die Meinung konservativer Kreise in den USA, „anti-amerikanische und antiisraelische Ressentiments“ würden nicht durch die amerikanische Politik, sondern durch Manipulationen der Regime erzeugt, widerspricht den empirischen Befunden der Länderanalysen. Vgl. Rubin, Barry: The triumph of the 'old Middle East', in: MERIA Journal, Ramat-Gan, Band 6, Nr. 2, 2002, S. 63 f.

- wie die dominante Struktur der Feind-/Weltbilder und die dominierenden Schuldzuweisungsreflexe der Gesellschaft bzw. einflussreicher gesellschaftlicher Gruppen aussehen und
- welcher Art die aufgestauten Frustrationen und Emotionen spezifischer Bevölkerungsgruppen sind und ob jene sich für Amerikakritik oder Anti-amerikanismus instrumentieren lassen.

Seit dem 11. September 2001 und dem internationalen Kampf gegen Terrorismus, den die Staatsführungen Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens in unterschiedlicher Intensität unterstützen, ist staatlicherseits – vom Irak in der Vorkriegsphase abgesehen – *kein* Fall von *offiziell verordneter anti-amerikanischer Demonstration* aufgetreten. Selbst von den islamistischen Regimen in Iran oder im Sudan wurde diesbezüglich Zurückhaltung geübt. Das offizielle politische Verhalten folgte einer realistischen Einschätzung der (weltpolitischen) Machtverhältnisse und des eigenen Potentials: Regimeerhalt und Vermeidung äußerer Einmischung war und ist oberstes, handlungsleitendes Gebot. Die Staatsführungen der nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten beschränkten sich alle auf Amerikakritik im o.g. Sinn, die sich in zahlreichen Reden der Politiker, Äußerungen von politischen Gruppen/Parteien und Vereinigungen, in den Medien, sowie auf Treffen von Repräsentanten der Staatsführungen oder Parteien auf regionaler arabischer oder islamischer Ebene und in internationalen Organisationen niederschlug. Die Staatsführungen sind bemüht, die Amerikakritik der Bevölkerung und ihrer Organisationen zu kontrollieren und zu kanalisieren, so dass ereignisabhängig (Beginn des Irakkriegs oder Vorfälle in den Palästinensischen Autonomiegebieten) Freiraum zur Manifestation von Amerikakritik insbesondere in den Medien geschaffen wird und einzelne Demonstrationen erlaubt werden (Ventilfunktion).

Die Gefahr, die Kontrolle über den Ablauf solcher Massendemonstrationen zu verlieren, ist unabhängig vom Auslöser der Demonstrationen stets vorhanden; dasselbe gilt für die Neigung der Teilnehmer an Massendemonstrationen, aufgestaute Frustrationen unterschiedlichster Ursache bei solchen Anlässen durch Akte der Zerstörung (wie Randalen, Gewalt gegen Sicherheitskräfte, Zerstörung von Gebäuden, Autos, Plünderung, Verbrennen von Flaggen usw.) zu kompensieren. Es ist deswegen keine Besonderheit, wenn bei Demonstrationen, in denen Amerikakritik zum Ausdruck gebracht wird, solche vereinzelt Akte der Zerstörung auftreten. Im Großen und Ganzen gelang es bislang den Sicherheitsapparaten, sie zu kontrollieren. Allerdings nimmt die emotionale Mobilisierung zu, wenn anti-amerikanische (antiwestliche) Elemente durch Islamisten in die Demonstrationen hineingetragen werden oder sie wie z.B. in Pakistan, Ägypten und Jordanien auslösten. Ein Erstar-

ken der Islamisten in diesen Staaten hat automatisch Folgen für die Virulenz von Demonstrationen und den Antiamerikanismus.

Im Irak ist seit dem Fall des Regimes von Saddam Husain Amerikakritik und Antiamerikanismus vor allem durch schiitische, aber auch sunnitische religiöse Führer geschürt worden; Antiamerikanismus ist Teil der innerirakischen machtpolitischen Auseinandersetzungen mit den USA um das neu zu konstituierende politische System und die Machtbeteiligung geworden. Eine starke antiwestliche Komponente tritt in den Diskursen dieser religiösen Führer deutlich hervor. Antiamerikanismus wird in virulenter Rhetorik und in gezielten, täglichen Gewaltakten gegen amerikanische und britische Mitglieder der Besatzungstruppen ausgeübt.

Ähnlich rhetorisch virulent und durch gezielte Mordanschläge und Sachzerstörung gekennzeichnet ist der Antiamerikanismus islamistischer Gruppen in anderen Staaten des Raumes mit hoher amerikanischer Truppenpräsenz (z.B. Staaten der Arabischen Halbinsel, Pakistan). Die islamistischen Gruppen in diesen Staaten versuchen gleichzeitig ihren kulturell antiwestlichen Kurs durch Ausübung von Druck auf die gesellschaftliche Basis zu stärken.

Ein Mittel zur generellen Minderung der Frustrationen in der Bevölkerung der nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten, die sich – ebenso wie die Staatsführungen – ihrer politischen Ohnmacht gegenüber den USA bewusst sind,³² ist der symbolische Ausdruck der Ablehnung amerikanischer politischer Maßnahmen und des Auftretens der USA in Nordafrika, Nah- und Mittelost durch einen Warenboycott,³³ zu dem nicht nur islamistisch orientierte Gruppen aufriefen. Diese

³² Es fehlt das Druckmittel, um eine Politikänderung der USA im Nahostkonflikt oder gegenüber dem Irak herbeizuführen.

³³ Erste Aufrufe zu einem Warenboycott lancierte die saudische Opposition 1996 wegen der ungelösten Palästinafrage, den Bombardierungen des Irak und der US-Militärpräsenz in den Golfstaaten. 2000 kam es im Zusammenhang mit dem Ausbruch der zweiten Intifada und der Solidarisierung mit den Palästinäern gleichfalls zu Aufrufen in Ägypten, wo der Mufti und der Scheich der theologischen Universität al-Azhar, Tantawi, zum Boycott ausländischer Waren aufforderte; ähnliche Aufrufe ergingen von Palästina-Solidaritätsgruppen z.B. in Marokko und Jemen. Diese Aufrufe hatten allerdings keinen großen Erfolg; die Konsumgewohnheiten in Nordafrika/Nahost sind eingefahren „westlich“. Eine erste *Popular Conference on Boycott of US-made Goods* fand am 13. Mai 2002 in Dubai statt (BBC, London, 13.5.2002). Im Vorfeld des Irakkriegs und seit Beginn des Kriegs häufen sich erneut die Boykottauftrufe. Wenn sich auch nicht die Bevölkerungsmehrheit dem Boycott anschloss, so zeigt er doch Auswirkungen (Le Monde, Paris, 18.2.2003: Les marques américaines victimes du boycott; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 3.3.2003: Auftrieb in Saudi-Arabien für den Boycott gegen amerikanische Waren). Die Ende März 2003 vom *Pew Research Center for the People and the Press* (Washington D.C., Juni 2003, S. 23) durchgeführte Umfrage in einigen Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens zeigt auf, dass je nach Land zwischen 13-37 % der Bevölkerung den US-

Boykottaufrufe, regelmäßige Aufrufe von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parteien zu Protest- und Solidaritätskundgebungen mit dem palästinensischen und irakischen Volk oder vereinzelt das Verbrennen von amerikanischen oder israelischen Flaggen und Puppen des amerikanischen Präsidenten (Nahost, Pakistan) sind Ausdruck des Zorns über politisches Handeln der USA (und Israels) und Ausdruck der Ohnmacht und Hilflosigkeit.³⁴ Das Ohnmachtsgefühl erzeugt andererseits intuitive Bewunderung für Personen oder Gruppen, die den „Mut“ haben, sich gegen die USA zu stellen und sie herausfordern (wie u.a. Usama Ibn Ladin oder Saddam Husain), selbst wenn ihre Ideologie und ihre Taten abgelehnt werden. Dieses negative Verhältnis zu den USA als politischem Akteur machte es einigen extremistischen islamistischen Gruppen in den 1990er Jahren leicht, nach der Globalisierung ihrer Strategie die USA ins Zentrum ihres Feindbildes und ihrer (terroristischen) Aktivitäten zu stellen und sich ein Unterstützer- und Sympathisantenumfeld in Nordafrika, Nah- und Mittelost zu sichern.

Auf Seiten der USA als auch auf Seiten der Staatsführungen und Bevölkerungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost ist seit dem Zweiten Weltkrieg eine Neigung zur undifferenzierten Freund-Feind-Kategorisierung festzustellen; daraus resultierte eine sehr starke Personalisierung der Außenpolitik bzw. die Fixierung auf einen konkreten äußeren Feind, der – im Extremfall – zur Inkarnation „des Bösen“ wird.³⁵

Während die Staatsführungen seit den 1990er Jahren ein pragmatisches Verhältnis zu den USA als *wirtschaftlichem Kooperationspartner* aufbauen und ideologisch bedingte Abgrenzungen aufgeben wollen, trägt das politische Verhalten der USA seit Anfang der 1990er Jahre nicht dazu bei, die verallgemeinerte Amerikakritik und den Anti Amerikanismus islamistischer Gruppen in den nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Gesellschaften dauerhaft abzubauen. Die Ereignisse des 11. September 2001 verschlechterten sogar die Situation, weil die „offizielle USA“ ein noch akzentuierteres Freund-Feind-Schema aufstellte und neuerlich die Rhetorik vom Guten und Bösen intensiviert. Eine Entemotionalisierung der Bezie-

Warenboykott befolgen: Tunesien 13 %; Marokko 17 %; Kuwait 18 %; Libanon 21 %; Pakistan 29 %; Jordanien 36 %, Palästinensische Autonomiegebieten 37 %.

³⁴ Wenn der ägyptischstämmige islamistische Fernsehprediger Yusuf al-Qaradawi, der im gesamten arabischen Raum wahrgenommen wird, die USA (US-Administration) kritisiert, weil sie sich aufzwingt, ihren Willen diktiert und von allen verlangt, dass sie ihr gehorchen, und sich wie „Gott auf Erden“ benimmt, dann kann er gewiss sein, dass er die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise (und – unausgesprochen – der Staatsführungen) hat. Die negative Wahrnehmung der US-Administration und ihrer Politik gegenüber Nordafrika, Nah- und Mittelost durch Islamisten und nicht islamistisch orientierte Bevölkerungsgruppen gleicht sich.

³⁵ Vgl. die Reden von Präsident Bush nach dem 11. September 2001.

hungen zu den USA, wie es die Mehrheit der Staatsführungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost wünscht, wird dadurch erschwert, so dass

- Bedarf an einem periodischen Ventil zum Ausdruck von Amerikakritik und Antiamerikanismus in Staaten mit hohem antiamerikanischen Potential, das heißt mit gesellschaftlich und damit auch politisch einflussreicher religiös-fundamentalistischer (wie in Ägypten, Saudi-Arabien, den kleinen arabischen Golfstaaten) und islamistischer Bewegung (Ägypten, Saudi-Arabien/Golfstaaten, Jordanien, Pakistan), besteht;
- bei einem hohen antiamerikanischen Potential die Notwendigkeit für die Staatsführungen zunahm, ihre Amerikakritik zu artikulieren und die Grenzen der Kooperation mit den USA auch für die eigentliche Öffentlichkeit deutlich erkennbar abzustecken, soll die eigene Legitimität nicht (noch weiter) untergraben und aufs Spiel gesetzt werden. In Saudi-Arabien z.B. zeichnet sich eine solche Entwicklung bei der Staatsführung deutlich ab.

2.4. Amerikanismus

Der ehemalige israelische Außenminister Schlomo Ben Ami stellte in einem Zeitungsbeitrag vom Januar 2003 die Behauptung auf, im arabischen Raum seien die Führer meist „prowestlich“ und die Massen „antiwestlich“.³⁶ Diese Aussage trifft so pauschal formuliert für die arabischen Staaten nicht zu, zumal pro- oder antiwestliche Dispositionen verschiedene Ebenen der Wahrnehmung, des Verhaltens und Handelns (aktive Annahme oder Ablehnung „westlicher“ materieller und immaterieller Güter) beinhalten. Im Rahmen der vorliegenden Länderanalysen, die nicht nur arabische Staaten einbezogen, kamen die Autoren zu anderen Ergebnissen. Drei Aspekte sind besonders hervorzuheben:

- Die in den untersuchten Staaten bei *allen* Bevölkerungsgruppen und bei den Staatsführungen (wenngleich meist weniger offen artikuliert) verbreitete Amerikakritik ist nicht automatisch mit einer antiwestlichen Haltung verbunden.
- Mit Antiamerikanismus, der gegenwärtig die islamistische Bewegung und die aus ihr hervorgegangenen gewaltbereiten und terroristischen Gruppen charakterisiert, ist ideologiebedingt eine antiwestliche Haltung verbunden. Die antiwestlichen Positionen der Islamisten schließen eine Ablehnung der Politik westlicher Staaten, insbesondere der Politik der Supermacht USA gegenüber islamischen Staaten ein. Parallel läuft die Ablehnung westlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnungsmodelle und die Ablehnung westlicher Sitten, Normen und kulturellen Ausdrucksformen

³⁶ Vgl. Die Welt, Berlin, 9.1.2003 (Schlomo Ben Ami: Ein Modell für eine verbesserte Weltordnung).

(spezifische Kleidungsstile, Filme, Musik usw.). Diese werden als nicht kompatibel mit den Vorschriften des Islam eingestuft und gelten hinsichtlich der islamischen Identität als zerstörerisch. Dessen ungeachtet werden technische Errungenschaften angenommen, weil sie für neutral gehalten werden. Die antiwestlichen Positionen sind in Staaten mit einflussreicher islamistischer Bewegung (Pakistan, Jordanien, Ägypten) und in Saudi-Arabien, das über eine vitale staatstragende fundamentalistische Doktrin verfügt, in der Bevölkerung weit verbreitet und leicht mobilisierbar, wengleich sich auch dort westliche Produkte hoher Beliebtheit erfreuen. Die *formale Amerikanisierung des Alltags* ist eine Tatsache und prägt die Vorlieben.

- In den Staaten mit begrenztem islamistischen Einfluss findet sich *keine Mehrheit*, die verfestigte antiwestliche Positionen vertritt; im Gegenteil, die formale Verwestlichung und „Amerikanisierung“, die Neigung zu westlichen/amerikanischen Waren und westlichem Lifestyle sowie die Attraktivität der westlichen Gesellschaften ist weit verbreitet. Dieser Amerikanismus hat zudem bei politisch liberal und demokratisch eingestellten Teilen der Bildungselite und einigen ihrer zivilgesellschaftlichen Organisationen eine politische Komponente: sie streben ein westliches Regierungssystem und die Umsetzung westlicher Freiheiten an (so z.B. die Studenten in Iran).

Die „soft power“ der USA, die sich in der Akzeptanz und dem Streben nach Produkten (Nahrungsmittel, Getränke, Sportartikel usw.) und kulturellen Erzeugnissen (Musik, Filme usw.) sowie in der positiven Wahrnehmung des Lebensstils ausdrückt, ist in der Mehrzahl der Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens präsent und lebendig; die jüngeren Generationen streben diesen Lebensstil oder zumindest den Konsum der „westlichen“ Produkte an. Die Schwierigkeit, eine Mehrheit zum Boykott von amerikanischen Waren zu bewegen, ist ein Indiz für diese Sachlage.

3. Auswirkungen des Irakkriegs auf Antiamerikanismus, Amerikakritik und antiwestliche Einstellungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost

Die Mehrzahl der Staatsführungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost unterhält gegenwärtig kooperative Beziehungen zu den USA. Sie wurden z.T. in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren aufgebaut oder wurden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eingeleitet bzw. ausgebaut. Staaten wie Iran, Syrien, Libyen und Sudan, die ideologie- und regimebedingt ein spannungsvolles Verhältnis zu den USA

kennzeichnet, sind seit Mitte der 1990er Jahre bemüht, diese Spannungen abzubauen. In unterschiedlicher Intensität wird seit dem 11. September 2001 die Bekämpfung des internationalen Terrorismus von den nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten unterstützt.

Dass die Staatsführungen der arabischen und islamischen Staaten den Irakkrieg nicht verhindern konnten, stärkte in der Bevölkerung dieser Länder erneut das Gefühl der politischen Ohnmacht, des Versagens (wie im Fall des Nahostkonflikts und der Umsetzung der palästinensischen Rechte), der Demütigung, Erniedrigung und verletzten Würde.³⁷

In den Staaten mit hoher finanzieller Abhängigkeit von den USA (Ägypten, Jordanien, Pakistan) oder starker amerikanischer Militärpräsenz (wie vor allem in den Golfstaaten), die gleichzeitig auch über einflussreiche islamistische Bewegungen mit Störpotential verfügen, sind die Reaktionen gegen den Irakkrieg sowohl in der Phase der Kriegsvorbereitungen seit Januar 2003 als auch nach dem Einmarsch der amerikanisch-britischen Truppen in den Irak am 20. März 2003 gewaltsamer verlaufen als in den anderen nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten. Und dies obwohl gerade in diesen Staaten besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen und spontane Demonstrationen vielfach im Vorfeld bereits gewaltsam aufgelöst wurden (Ägypten), um Ausschreitungen vorzubeugen. In Ägypten, Bahrain und Pakistan kam es im Laufe der Demonstrationen zu demonstrativen Verbrennungen der amerikanischen Flagge; in Marokko wurde am Rande einer Demonstration am 30. März 2003 ein McDonalds-Restaurant in Rabat geplündert.

Offensichtlich war, dass in den ersten Tagen nach Kriegsbeginn die Emotionen sowohl amerikakritische wie militant antiamerikanische Bevölkerungsteile gemeinsam auf die Straße brachten. In Aktionen wie der Verbrennung der US-Flagge oder in scharfer antiamerikanischer Rhetorik drückte sich die Wut über den Akt des Kriegs und die Frustration über die fehlenden politischen Möglichkeiten, den Akt zu unterbinden, aus; auf die Anzahl derer, die generell Gewaltakte gegen amerikanische Ziele befürworten würden, lassen die Reaktionen nicht rückschließen.

Die Demonstrationen ebten Ende März ab; unkontrollierbare Situationen mit regimegefährdenden Ausmaßen traten in keinem Staat des Raumes auf. Diese relative Ruhe in der Phase des Kriegsbeginns und den ersten Monaten nach dem Sturz des Regimes von Saddam Husain (am 9. April 2004 Fall Bagdads) darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Ereignisse im Irak zahlreiche politische Parteien und Gruppen arabisch-nationalistischer, linker/ex-linker aber auch liberaler Tendenz und vor allem die islamistische Bewegung in allen ihren organisatorischen

³⁷ Vgl. u.a. die Ausführungen des marokkanischen Rechtsanwalts Hassouni Kaddour Ben Moussa in: L'Opinion, Rabat, 27.1.2003 (Le démantèlement du régime irakien, un outrage à la dignité arabe).

Ausprägungen³⁸ in ihrer Meinung über die US-Politik bestätigten: Die seit dem zweiten Golfkrieg 1990/1991 weit verbreitete These von den „neoimperialistischen“ Intentionen der USA insbesondere im islamischen Raum erhärtete sich. In dieser Politik werden Gefahren für die nationale Souveränität, die Eigenständigkeit und die Selbstbestimmung über die wirtschaftlichen Ressourcen, aber auch – vor allem von Islamisten und anderen stark religiös geprägten Bevölkerungsteilen – Gefahren für die spezifisch religiösen Werte, Normen und kulturellen Ausdrucksformen gesehen. Die gegenwärtige Situation im arabisch-islamischen Raum weckt Erinnerungen an die koloniale Inbesitznahme.

Von der weiteren Entwicklung im Irak, vor allem von der Dauer der amerikanischen (und britischen) Präsenz, von dem etablierten politischen System und der eingesetzten Regierung wird es abhängen, wie intensiv diese Überzeugung, „rekolonisiert“ bzw. „untergeordnet“ zu werden, die Wahrnehmung und das Empfinden der Bevölkerung nicht nur im Irak, sondern in allen Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens, prägen wird.³⁹ Dieses Empfinden entscheidet über die Empfänglichkeit für radikalere Thesen und einen militanten Antiamerikanismus.

Je nach dem in welcher Art und Weise die europäischen Staaten in eine solche „Kolonisierung“ involviert sind oder sie stützen, sind antieuropäische Positionen und gegebenenfalls auch systematische militante Aktionen extremistischer Gruppen gegen europäische Ziele zu erwarten.

3.1. Beispiele für Amerikakritik und Antiamerikanismus seit dem Irakkrieg

Die Positionen haben sich im Vergleich zu der Vorkriegsphase, wie sie in den Länderbeispielen der Studie beschrieben sind, nicht verändert; sie sind tendenziell gleichgeblieben, haben sich aber insofern verschärft, als sich in den Staaten mit einer sehr aktiven und einflussreichen islamistischen Bewegung eine deutliche Annäherung zwischen Vertretern amerikakritischer und antiamerikanischer sowie gleichzeitig antiwestlich eingestellter Bevölkerungsteile herauskristallisiert(e).

Die Staatsführungen zeigen sich bei aller fortgesetzten Kooperation gegenüber politischen Maßnahmen der USA amerikakritisch; gleichzeitig wird versucht, Angriffsfläche für die USA in ihrem Kampf gegen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu mindern. So machten Iran und Libyen Zugeständnisse bei Inspektionen der Internationalen Atomenergieorganisation.

Die insbesondere nach dem 11. September 2001 und der offensiveren Außenpolitik der USA sichtbar werdende Tendenz in den nordafrikanischen, nah- und

³⁸ D.h. als legale Parteien, Vereinigungen, im Untergrund wirkende Gruppen oder terroristische Gruppen.

³⁹ Vgl. dazu AFP, 7.4.2003 (Maroc: la presse évoque les visées ‘coloniales’ américaines de l’après-guerre), wo marokkanische Presseauszüge zusammengestellt wurden.

mittelöstlichen Staaten zur Diversifizierung der Außenbeziehungen und zur Intensivierung der Kooperation auf allen Ebenen mit Staaten wie der VR China, Russland und Indien setzte sich fort. Sie folgte der Überlegung der nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten, neue, strategische Partnerschaften künftig brauchen zu können.⁴⁰

Zwar kann keiner dieser neuen Partnerstaaten, ebenso wenig wie die Europäische Union, mit der auch die Golfstaaten enger kooperieren wollen, mittelfristig ein Gegengewicht zu den USA darstellen; die neuen Partnerschaften können jedoch den nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten in internationalen Gremien Unterstützung sichern oder in Konfliktsituationen nützlich sein.

Verurteilungen des Irakkriegs durch Persönlichkeiten, die im islamischen Raum über Reputation verfügen und von einer größeren Öffentlichkeit rezipiert werden, sind in ihren Auswirkungen gerade hinsichtlich einer Annäherung von Amerikakritik und Antiamerikanismus nicht zu unterschätzen. Ein Beispiel hierfür ist der malayische Premierminister Mahathir, der zwar selbst für einen modernistischen Islam eintritt, der jedoch die islamistische „antiwestliche“ Auffassung und das Denken in identitären, kulturell-religiösen Konfrontationslinien indirekt stützt, wenn er den amerikanisch-britischen Krieg gegen den Irak wie auch die Antiterrormaßnahmen seit dem 11. September 2001 als „amerikanischen Krieg gegen Muslime“ bezeichnet.⁴¹

Die (nationalen) islamistischen Bewegungen in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens profitierten seit dem 11. September 2001 durch Ereignisse wie den Afghanistankrieg, den weiterhin ungelösten Nahostkonflikt und die israelische Politik gegenüber den Palästinensern, den Irakkrieg und den Ausbau der militärischen Präsenz der USA von einer amerikakritischen, hochgradig emotionalen Stimmung gegen die US-Administration vor allem in Ägypten, Jordanien, den Golfstaaten und Pakistan. Sie nutzen diese Stimmungslage aus und greifen in den politischen Diskurs ein, um ihre eigenen nationalen politischen und gesellschaftlichen Ziele zu fördern. Mit antiamerikanischer Rhetorik betreiben sie Antiregimepolitik.

Der Führer der *ägyptischen Muslimbruderschaft*, Hudaibi, lancierte im Juni 2003 eine Kampagne gegen „den Westen“, in der die Europäische Union und die

⁴⁰ Vgl. hierzu Mattes, Hanspeter: Die Beziehungen der MENA-Staaten zu Russland, in: Faath, Sigrid Hrsg.: Neue geopolitische Konstellationen im Nahen Osten nach dem 11. September 2001, Hamburg 2003, S. 221-249; vgl. derselbe: Die Kooperationsinteressen der Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens gegenüber der VR China, in: ebenda, S. 245-259.

⁴¹ Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 20.6.2003 (Malaysian assails West for 'attacking Muslims'. U.S. and Britain criticized on Iraq war); vgl. auch Financial Times, London, 20.6.2003 (Mahathir says West is 'attacking Muslims').

USA kritisiert wurden. Er rief zum Jihad gegen amerikanische Militärs auf, die den Irak und Afghanistan besetzt hielten, und forderte von den Muslimen, sich gegen die US-Politik in der Region zu mobilisieren. Die Europäische Union wurde nicht im Zusammenhang mit dem Irakkrieg genannt, sondern in Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt: Die USA und die Europäische Union wurden als „Kräfte des Bösen“ verurteilt, weil sie beide das palästinensische Volk seines Rechts berauben würden, sicher und frei in ihrer Heimat zu leben.⁴² Mit anderen Worten, das Engagement der Europäischen Union zugunsten der Palästinenser wird vermisst.

Libanesischen Kurden verurteilten in einer Fatwa jegliche Kooperation mit den „Besatzern“ des Irak, USA und Großbritannien,⁴³ ohne indes über die Solidarisierungsaufforderung hinauszugehen. Libanesischen Mitglieder einer islamistischen Gruppe, die ein Bombenattentat gegen ein Mc-Donald-Restaurant und Anschläge auf westliche Botschaften geplant hatten, wurden im April 2003 verhaftet.⁴⁴

Der *libanesischen Hizbullah-Führer* Scheich Nasrallah hatte kurz vor dem Irakkrieg Märtyrerattentate gefordert. Diesen Aufruf richtete er an die Jugend im Nahen Osten; er forderte ferner zum politischen und wirtschaftlichen Boykott der USA auf.⁴⁵

In *Jordanien* wurden im Juli 2003 Mitglieder einer terroristischen Gruppe verhaftet, die Angriffe auf amerikanische Einrichtungen in Jordanien und auf wirtschaftliche Ziele (Tourismuseinrichtungen) zur Schädigung der jordanischen Wirtschaft/des Regimes geplant hatten.⁴⁶

Die ausgeprägten Sicherheitsmaßnahmen in den nahöstlichen Staaten erschweren gegenwärtig gewaltsame Aktionen. Das militante antiamerikanische Potential ist jedoch vorhanden und wird durch entsprechende Kommentare und Aufrufe gestützt. Die Aufrufe von al-Qa'ida-Führern nach dem Beginn des Irakkriegs, die über arabische Sender flächendeckend verbreitet wurden, ähneln dort, wo sie Situationsbeschreibungen liefern, gängigen Ansichten in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Wenn sich auch nicht das Gros der Hörer angesprochen fühlt, wenn Usama

⁴² Vgl. BBC, London, 2.7.2003 (Egypt: Muslim Brotherhood leader calls for jihad against US troops). Ähnliche Aufrufe zur Gewalt gingen bereits im Februar von Scheich Yasin, dem Führer der palästinensischen Hamas aus; er forderte, überall zuzuschlagen und gegen westliche Interessen zu handeln (International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 8.2.2003: Hamas leader urges Muslims to retaliate). Die afghanischen Taliban riefen im April 2003 zur „Revolte gegen Ungläubige“ auf.

⁴³ L'Orient-le Jour, Beirut, 2.4.2003 (Fatwa des Ulémas kurdes du Liban).

⁴⁴ L'Orient-le Jour, Beirut, 12.4.2003 (La mouvance salafite mise en cause dans l'attentat contre le Mac-Do de Dora).

⁴⁵ Vgl. BBC, London, 14.3.2003 (Lebanon Hezbollah leader says 'martyrdom' attacks to greet US 'invaders'); vgl. auch ebenda, 26.1.2003 (Hezbollah leader calls for political and economic boycott).

⁴⁶ Vgl. BBC, London, 8.7.2003 (Jordanian intelligence uncovers group planning attacks on US interests).

Ibn Ladin wie am 8. April 2003 zu Selbstmordattentaten aufruft oder wenn Ahmad al-Zawahiri Ende Mai 2003 zum „Jihad gegen die Amerikaner“ auffordert,⁴⁷ so sprechen doch beide nicht nur mit ihrer Kritik an der Kooperation mit den USA zahlreichen Menschen „aus dem Herzen“; unter ihnen befinden sich viele, die keinerlei politische oder religiöse Affinitäten zu al-Qa'ida haben.

Das von Ahmad al-Zawahiri im Mai 2003 entwickelte Szenario deckt sich mit den Vermutungen und Befürchtungen breiter Bevölkerungskreise im arabisch-islamischen Raum: Ahmad al-Zawahiri begründet seinen Aufruf zum Jihad damit, dass nach der „Zerstückelung des Irak“ durch die USA Saudi-Arabien, Iran, Syrien und Pakistan an der Reihe sein werden, damit um Israel nur abhängige, untergeordnete und Amerika und Israel dienende „Semi-Staaten“ existieren. Wenn Zawahiris Aufruf zum Kampf auch nur einen begrenzten Kreis anspricht, das „Verständnis“ und die Akzeptanz für Gewaltakte gegen die USA (und eventuell auch für Gewaltakte gegen die mit den USA kooperierenden ausländischen Staaten) kann durch solche für breite Teile der Bevölkerungen in den arabisch-islamischen Staaten nachvollziehbare Erklärungen gefördert werden.

3.2. Amerikakritik und Antiamerikanismus im Irak seit dem Irakkrieg

Bislang zeichnet sich ab, dass sich einflussreiche schiitische Geistliche und schiitische Vereinigungen, aber auch sunnitische Geistliche u.a. in Predigten amerikakritisch äußern und sogar zum Widerstand gegen die „Demütigung, Unterwerfung und Besetzung“ aufrufen. Die „Unsitten des Westens“, die von den ausländischen Truppen in den Irak gebracht würden, werden gleichzeitig verurteilt.⁴⁸ Sunnitische Geistliche sprachen sich im April 2003 gegen eine längere Besetzung des Irak durch die USA aus und forderten ebenfalls die Iraker auf, sich zu mobilisieren; auf einer Demonstration wurde skandiert: „Nein zu Amerika! Nein zu Saddam“.

Die Aktionen gegen amerikanische und britische Truppen, die im Juni 2003 von amerikanischer Seite erstmals als organisierte Widerstandsaktionen bezeichnet wurden,⁴⁹ die jedoch keiner Organisation zugeordnet werden konnten, deuten auf einen wachsenden Widerstand gegen die amerikanisch-britische Präsenz hin.

Ziel der in diesem Sinne *anti*-amerikanischen Aktionen ist der Abzug der Truppen bzw. das Ende der Besetzung des Irak. Inwieweit die Träger dieser Aktionen zwischen den USA, Großbritannien als Besatzungstruppen und anderen europäi-

⁴⁷ Vgl. BBC, 21.5.2003 (Al-Qa'idah number two calls on Muslims to continue Jihad on West). Die Ausstrahlung der Botschaft erfolgte über *al-Jazira TV*, womit ihr ein breites Publikum sicher war.

⁴⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.7.2003 (Muskelspiele eines schiitischen Geistlichen. Antiamerikanische Predigt von Muktada as-Sadr im Irak); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 21.7.2003 (Gegen den großen Teufel Bush. Die Kritik der irakischen Schiiten an Amerika nimmt zu).

⁴⁹ Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 13.6.2003 (Organisierter Widerstand gegen die USA).

schen Staaten bzw. deren Staatsangehörige im Irak unterscheiden, ist unklar; offen ist ebenfalls, ob die an bewaffneten Aktionen gegen amerikanische und britische Truppen Beteiligten überwiegend oder nur zum Teil militant antiamerikanisch eingestellt sind. Angehörige anderer westlicher Staaten wurden – gezielt oder versehentlich – im Laufe des Jahres 2003 ebenfalls vereinzelt Opfer solcher Anschläge.

Die Gefahr besteht, dass bei einer länger andauernden Besetzung des Irak und entsprechend anhaltender Infiltration von Freiwilligen aus dem arabischen bzw. islamischen Raum zum Kampf gegen die Besatzungstruppen⁵⁰ keine Unterscheidung mehr zwischen amerikanischen und britischen Truppenmitgliedern auf der einen Seite und sonstigen westlichen Ausländern, die im Irak im Rahmen des Wiederaufbau oder im humanitären Bereich tätig sind, auf der anderen Seite gemacht wird, sondern sich der Kampf systematisch gegen alles „Westliche“ richtet.

Fazit

Es dürfte in den Staaten mit einflussreicheren islamistischen Bewegungen generell gelten, was Beobachter Ende März 2003 für die islamistischen Parteien in Pakistan feststellten. Sie scheinen vom Irakkrieg und dem diffusen Gefühl, dass Pakistan eventuell der nächste Staat ist, den die USA angreifen (Atomwaffenbesitz), profitiert zu haben. Dennoch stoße bislang eine generell antiwestliche Interpretation der politischen Maßnahmen der USA (Irakkrieg = Kampf zwischen Islam und dem Westen) bei der Mehrheit der Bevölkerung auf *keine* Zustimmung.⁵¹

Die Interventionspolitik der USA im Irak wird langfristig Auswirkungen auf die emotionale Einstellung der Bevölkerungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost zu den USA und ihren westlichen Koalitions-/Kooperationspartnern haben. Es ist zu erwarten, dass die amerikanische Interventionspolitik Auswirkungen auf die *Kooperationsbereitschaft* und bedingt durch innenpolitische Entwicklungen in den Staaten des Raumes auf die *Kooperationsfähigkeit* der Staatsführungen haben wird. Je nachdem

- wie interventionistisch die US-Politik sich gegenüber den Staaten des arabisch-islamischen Raumes in Zukunft gibt,
- wie die innerirakische Entwicklung verläuft (Dauer der Besetzung; Art des etablierten politischen Systems; Regelung der Partizipation an der Macht zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften des Irak; Reaktion der USA auf einen möglichen Wahlsieg der

⁵⁰ Ein ähnliches Szenario wie in den 1980er Jahren in Afghanistan, als arabische Freiwillige den Kampf gegen die sowjetischen Besatzungstruppen unterstützten, ist derzeit nicht definitiv auszuschließen. Zahlreiche Freiwillige aus arabischen Staaten sind bereits im Land.

⁵¹ Vgl. hierzu Financial Times, London, 28.4.2003 (US invasion pushes Pakistani elite closer to hardline Islam).

Islamisten; Schnelligkeit des Wiederaufbaus und der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung usw.),

- wie sich das Verhältnis USA-Irak gestaltet (abhängig/unabhängig) und
- wie sich die militärische Präsenz der USA in Nordafrika, Nah- und Mittelost insgesamt gestaltet

ist im schlechtesten Fall mit einem weiteren Anstieg nicht nur der Amerikakritik, sondern des Anti Amerikanismus zu rechnen. Kommt es indessen zu einer Entwicklung, die in Nordafrika, Nah- und Mittelost von den Staatsführungen und einem Großteil der Bevölkerungen „positiv“ bewertet wird, kann sich das anti amerikanische Potential reduzieren und überwiegend auf die Trägergruppe der Islamisten beschränken, die ideologisch bedingt per se anti amerikanisch und anti westlich ist.

4. Perspektiven

4.1. Entwicklungspotential von Amerikakritik, Anti Amerikanismus und anti westlichen Positionen

Die Länderanalysen weisen deutlich auf das Entwicklungspotential von Amerikakritik als auch Anti Amerikanismus und anti westlichen Positionen in Nordafrika, Nah- und Mittelost hin. Wobei das Potential für Anti Amerikanismus und anti westliche Positionen in Ägypten, Nah- und Mittelost höher ist als in den nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Sudan. Beide Einstellungen, Amerikakritik und Anti Amerikanismus, werden durch die amerikanische Außenpolitik im Raum begünstigt bzw. verursacht. Die bereits eingetretene Verallgemeinerung der Amerikakritik bei der Bevölkerung aller Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens kann lediglich durch eine Politikänderung der USA beeinflusst werden. Das Verhalten der USA im Nahostkonflikt und im Irak sowie künftige Interventionen der USA werden die Intensität der Amerikakritik beeinflussen.

Amerikakritik ist maßnahmenbedingt und hängt vom Verhalten der USA ab. Mit ihr sind in der Regel keine gezielten und systematischen Gewaltakte gegen amerikanische Bürger oder Einrichtungen verbunden. Einzelne Akte wie das Verbrennen von Fahnen bei Demonstrationen sind nie auszuschließen; allerdings gilt es zu bedenken, dass an Demonstrationen in der Regel sowohl amerikakritische als auch anti amerikanisch/anti westlich eingestellte Bevölkerungsgruppen teilnehmen. Amerikakritik ist ausschließlich auf die USA bezogen und nicht per se anti westlich.⁵²

⁵² Vgl. die Umfrageergebnisse vom März/April 2002 in arabischen Staaten, in: Zogby International/The Arab Thought Forum Hrsg.: What Arabs think. Values, beliefs, and concerns, Utica N.Y./Beirut 2002,

Im Gegensatz dazu ist der ideologisch bedingte Antiamerikanismus der religiösen Fundamentalisten und der islamistischen Bewegung antiwestlich und lehnt nicht nur das politische System, sondern insbesondere die gesellschaftlich-kulturellen Ausdrucksformen, Sitten und Normen dieser westlichen Gesellschaften ab.

Die islamistische Bewegung konnte in Staaten, in denen sie gesellschaftlich relativ gut verankert war (Algerien, Ägypten, Pakistan, Jordanien), nach dem 11. September 2001 und dem beginnenden „Krieg“ der US-Administration gegen den Terrorismus an Einfluss gewinnen; die Außenpolitik der USA diente als Verstärker für die These vom Kampf gegen Muslime und vom Kampf gegen den Islam.

Weil der Antiamerikanismus – und bei islamistischen Gruppen die mit ihm verbundenen antiwestlichen Positionen – als Strategie gegen die eigenen Staatsführungen eingesetzt wird, ist gerade in diesen Staaten,⁵³ in denen die zunehmenden Engpässe der materiellen Ressourcenverteilung die Opposition gegen das bestehende Regime begünstigen, eine weitere Stärkung des islamistischen Einflusses zu erwarten.⁵⁴ Die islamistische Bewegung in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens verfügt über militante Gruppen, die nur zum Teil staatlich kontrolliert und in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt sind. Die amerikanische Außenpolitik, die seit dem 11. September 2001 moralisierend und missionierend auftritt, den Präventivkrieg als zentrale Handlungsoption propagiert und das Denken in Freund-Feind-Kategorien reaktivierte, gab den Gruppen und Persönlichkeiten in Nordafrika, Nah- und Mittelost, die einen militanten Antiamerikanismus predigen, Argumente an die Hand. Nicht von ungefähr kommt es, dass aufgrund dieser amerikanischen Außenpolitik in breiten Kreisen der nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Bevölkerungen von neuer „kolonialer Inbesitznahme“ die Rede ist. Der Ruf nach Widerstand gegen diese Politik ist eine logische Konsequenz; die Islamisten versuchen daraus Nutzen zu ziehen.

4.2. Mögliche Auswirkungen des Antiamerikanismus auf eine Kooperation mit europäischen Staaten

Die kooperativen Tendenzen der Staatsführungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost und ihre pragmatische, in erster Linie sozioökonomische Einbindung in Kooperationsstrukturen mit europäischen Staaten und der Europäischen Union sind

S. 64. Bei der Frage nach der Haltung zu den Werten Freiheit und Demokratie („westliche Werte“) und zur Einschätzung der amerikanischen Politik gegenüber den arabischen Staaten, waren durchschnittlich 50 % der Befragten für Freiheit/Demokratie; zwischen 5-15 % stuften die amerikanische Politik positiv ein: Ägypten unter 5 %, Kuwait 5 %, Saudi-Arabien 8 %, Libanon 9 % und VAE 15 %.

⁵³ Vornehmlich Saudi-Arabien und die kleineren Golfstaaten.

⁵⁴ Vgl. hierzu auch Faath, Sigrid Hrsg.: Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Pakistan und die regionalen Auswirkungen, Hamburg 2003.

vorhanden; der Wille zum Ausbau (oder wie im Falle Libyens und Irans zum Aufbau) wird artikuliert.⁵⁵ Grundsätzlich stehen die Bevölkerungen dieser Staaten einer Kooperation positiv gegenüber; eine Ausnahme bildet die jeweilige islamistische Bewegung, die aus ideologischen Gründen keine Kooperation befürwortet, die eine kulturelle „Verwestlichung“ fördern könnte.

In allen Staaten des Raumes wurden die differierenden Haltungen der europäischen Staaten zum Irakkrieg registriert und besonders positiv die Position der Gegner eines Kriegs ohne UNO-Mandat bewertet. Die zunehmende (aktive) Unterstützung der US-Außenpolitik durch europäische Staaten und möglicherweise eine Unterstützung der US-Administration bei künftigen interventionistischen Maßnahmen in Nordafrika, Nah- und Mittelost würden die derzeit kooperativen und ausbaufähigen Beziehungen Europas zu den nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten deutlich negativ beeinflussen; vor allem die Akzeptanz dieser Beziehungen auf Seiten der Bevölkerung würde gestört werden. Unter solchen Umständen wären auch Gewaltakte gegen europäische Ziele nicht auszuschließen.

4.3. Chancen zum Abbau von Amerikakritik und Antiamerikanismus/antiwestlichen Einstellungen

Theoretisch sind Möglichkeiten zum Abbau von Amerikakritik vorhanden: Es liegt an der US-Administration, ihre Politik in Nordafrika, Nah- und Mittelost zu hinterfragen und die Kritik dieser Staaten und ihrer Bevölkerungen ernst zu nehmen. Mehr Multilateralismus, mehr Ausgewogenheit im Nahostkonflikt, Stärkung der UNO, klare Regeln für interventionistische Maßnahmen, Reduzierung der Militärpräsenz, Gleichbehandlung von Staaten in Bezug auf den Besitz von Massenvernichtungswaffen usw. sind Forderungen, die kooperativ bearbeitet und nicht konfrontativ beantwortet werden sollten. Die US-Administration hat kein *Imageproblem* im nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Raum, wie sie selbst vermutet und das sie zu Public-Relations-Maßnahmen greifen lässt.⁵⁶

Die US-Administration hat vielmehr ein *handfestes Politikproblem*, das den Nebeneffekt hat, den ideologisch bedingten und nicht von außen beeinflussbaren Antiamerikanismus der Fundamentalisten und Islamisten zu stärken. Die europäischen Staaten besitzen keine direkte Handhabe, um Amerikakritik und Antiamerikanismus abzubauen und zu marginalisieren.

⁵⁵ Vgl. Jacobs, Andreas/Köhler, Michael: Die Veränderungen in den Beziehungen der nahöstlichen Staaten zur Europäischen Union, in: Faath, Sigrid Hrsg.: Neue geopolitische Konstellationen im Nahen Osten nach dem 11. September 2001, Hamburg 2003, S. 181-200.

⁵⁶ Vgl. Jeune Afrique/L'Intelligent, Paris, 27.7.-2.8.2003 (Plaire à tout prix).

4.4. Schlussfolgerungen

Die Schlussfolgerungen basieren auf folgenden Feststellungen zur gesellschaftlichen Verfasstheit der Staaten in Nordafrika, Nah- und Mittelost:

Feststellung 1

Undifferenzierte antiwestliche Positionen beinhalten die Ablehnung von westlichen Werten, Normen und ihren kulturellen Ausdrucksformen und die Gleichsetzung des Westens mit Dekadenz und Unmoral. Antiamerikanische, antibritische oder antieuropäische Positionen sind hingegen eher der politischen Ebene zuzuordnen und werden durch entsprechende politische Maßnahmen ausgelöst oder verstärkt.

Feststellung 2

Von politischen Entscheidungen und Handlungen der USA ausgelöste maßnahmenbedingte, rational begründete Amerikakritik ist durch europäische Staaten/ Deutschland nicht beeinflussbar.

Feststellung 3

Ideologisch bedingter Antiamerikanismus, der eine militante Komponente hat, ist durch politische Handlungen der europäischen Staaten nicht neutralisierbar.

Feststellung 4

Antiwestliche Positionen in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sind durch Gegenmaßnahmen – wenn überhaupt – nur langfristig modifizierbar bzw. abbaubar.

Feststellung 5

Die Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung proeuropäischer Positionen stößt in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens auf unterschiedliche strukturelle Voraussetzungen; diese sind als Folge der gesellschaftlichen Verfasstheit oder der Ausprägung der staatlichen Ordnungen restriktiver in Staaten wie Saudi-Arabien, Syrien, Libyen, offener hingegen in Staaten wie Jordanien, Marokko oder Tunesien. Generell wünschen sich gegenwärtig die Staatsführungen und Repräsentanten nichtislamistischer politischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen der nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten explizit ein stärkeres europäisches und speziell auch deutsches Engagement.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende Kernempfehlungen an die Politik formulieren, auch wenn klar ist, dass der zu ihrer Umsetzung notwendige finanzielle Spielraum gegenwärtig schwierig zu schaffen ist:

Empfehlung 1

Der Dialog primär mit den Repräsentanten des zivilgesellschaftlichen Sektors der Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sollte nur ein selektiver sein, der Vertreter eines ideologisch bedingten Antiamerikanismus (und damit überwiegend islamistische Gruppen) ausschließt. Dialog wird bei Vertretern eines ideologisch bedingten Antiamerikanismus keine Veränderung herbeiführen.

Empfehlung 2

Da islamistische Gruppen mit ihrer antiwestlichen Haltung möglicherweise in Zukunft in einigen Staaten eine oder sogar die politikbestimmende Kraft sein werden, gilt es, ihre Denk- und Handlungsweise zu studieren; hierzu können intensivierete *Kontakte* durchaus dienlich sein; ein offener *Dialog* oder gar eine Änderung der antiwestlichen/antiamerikanischen Haltung ist nicht zu erwarten.

Empfehlung 3

Amerikakritik in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens ist von europäischen Staaten nicht direkt beeinflussbar; auf Kritik an europäischen politischen Handlungen und Entscheidungen können hingegen die Regierungen europäischer Staaten oder/und die Europäische Union reagieren. Gefragt ist ein aktiver Politikaustausch.

Empfehlung 4

In diesem Kontext bietet sich trotz der Beschränkung neu einzusetzender finanzieller Mittel für die europäischen Staaten und die Europäische Union eine Intensivierung der Kontakte auf politischer, wissenschaftlicher und kultureller Ebene mit den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens an. Diese Intensivierung kann durch Stärkung der Präsenz vor Ort oder durch verstärkte Einladungs politik in die Europäische Union erfolgen:

- *Politische Ebene*: Stärkung der Präsenz auch höher- oder hochrangiger europäischer Politiker und Parlamentarier vor Ort; Einladung von Multiplikatoren.
- *Entwicklungspolitische Ebene*: Aus geopolitischer und konfliktpräventiver Sicht Stärkung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit *allen* Anrainern des südlichen und südöstlichen Mittelmeerraumes (Entwicklung vor Ort mindert Migration und Zulauf zu islamistischen Gruppen).
- *Wissenschaftliche Ebene*: Ausbau der Wissenschaftskontakte zwischen europäischen Staaten und den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens auf *allen* Ebenen; Politiker vor Ort äußern immer wieder ihren Wunsch nach stärkerer Kooperation gerade mit Deutschland, und begrün-

den dies, dass nur ökonomische Geschäftsbeziehungen ohne wissenschaftlich-kulturellen Unterbau langfristig zum Scheitern verurteilt seien.

- *Kulturelle Ebene*: Ausbau gemeinsamer Veranstaltungen in den Bereichen Musik, Literatur und Malerei u.a.m.

Ziel einer solchen Politik sollte es sein, die liberalen/liberaleren Teile der Gesellschaften der Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens genauer zu identifizieren und – bei aller gebotenen Rücksicht – zu unterstützen. Die sich dadurch einstellende intimere Kenntnis der Gesellschaften und ihrer Wahrnehmung – derzeitig hochgradig defizitär – sowie die daraus resultierende Verbesserung der Urteilsfähigkeit auf europäischer Seite wäre ein deutlicher Fortschritt gegenüber der aktuellen Situation.